

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Die EU-Konzessionsrichtlinie
Alice Wagner

Für eine offensive Wohnpolitik
Wolfgang Moitzi

Leistbares Wohnen –
eine Frage sozialer Fairness
Michael Ludwig

Eurokrise und kein Ende –
Spanien im freien Fall
Günther Grunert

BRIAN ADAMS – EXPOSED

NRW-FORUM DÜSSELDORF



EDITORIAL

Peter Kaiser hat allen Grund zu jubeln. Und mit ihm nicht nur Kärnten, das die Schattenherrschaft der Scheuchs los wird, sondern auch die gesamte SPÖ. Schließlich ist Peter Kaiser der erste SPÖ-Politiker seit 2006, der bei einer Wahl Stimmen und Mandate gewonnen hat, und das nicht zu knapp. Natürlich: Nicht in jedem Bundesland findet sich ein politisch und moralisch dermaßen verwahrloster Gegner wie die FPÖ. Und trotzdem ist der Erfolg Kaisers mehr als das »Abstauben« des FPÖ-Debakels.

Peter Kaiser hat es geschafft, die seit zwanzig Jahren chronisch zerstrittene Kärntner SPÖ zu einen. Er hat einen basisbezogenen Wahlkampf geführt. Und er hat diesem Wahlkampf eine glaubwürdige politische Richtung gegeben, er hat Richtungswechsel und inhaltliche Themen authentisch vertreten. Wer dieses Erfolgskonzept auf ganz Österreich umlegen will, muss das im gesamten Paket übernehmen. Ein Basis-Wahlkampf mit Hausbesuchen kann nur funktionieren, wenn sich die eigenen FunktionärInnen ernst genommen fühlen und spüren, dass es auch politisch ernst ist mit dem, was sie den WählerInnen erzählen.

Dass der in die Bundesgeschäftsstelle heimgekehrte Norbert Darabos an die erfolgreiche Wahlkampfführung anknüpfen will, unterstreicht nur, was in den letzten Wochen in allen Medien zu lesen war: Dass er weiß, wie ein erfolgreicher Wahlkampf zu führen ist. Aber eine siegreiche Kampagne braucht eben mehr als gute Technik. Sie braucht auch und zuallererst glaubwürdige politische Inhalte, die es dann professionell zu transportieren gilt.

Diese Ausgabe schneidet gleich zwei wichtige inhaltliche Kernthemen an:

In der »Aktuellen Debatte« zeichnet **Alice Wagner** den aktuellen Diskussionsstand bei der **EU-Konzessionsrichtlinie** nach, die neben anderen Bereichen der Daseinsvorsorge auch das Wasser betrifft. Die AK-Expertin warnt davor, die Richtlinie auf die leichte Schulter zu nehmen. Auch wenn **kein unmittelbarer Zwang** zur Privatisierung bestehe, **steige der Privatisierungsdruck deutlich** an.

Heidrun Maier-de Kruijff stellt in ihrem Debattenbeitrag dar, warum die Privatisierung der Wasserversorgung in jeder Hinsicht nachteilig wäre.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich dem Thema Wohnen:

Aus Sicht von SJ-Vorsitzendem **Wolfgang Moitzi** brennt dieses Thema gerade jungen Menschen schon längst unter den Nägeln: Steigende **Mietkosten und Wohnraumknappheit** seien **ein zentrales politisches Thema**, das zu **kampagnisieren** es höchste Zeit werde.

Lukas Tockner führt als Experte aus, wie sich die **Mietpreise** besonders am privaten Sektor völlig von **Lohn- und Inflationsentwicklung losgesagt** hätten und welche Maßnahmen dagegen zu ergreifen seien.

Umfassend setzt sich Wiens Wohnbaustadtrat **Michael Ludwig** mit **der historischen, politischen und strategischen Bedeutung kommunaler Wohnbaupolitik** auseinander und entwickelt **konkrete Perspektiven für die Kommunal- und die Bundespolitik**.

Bernd Rießland schließlich zeichnet die **ökonomische Bedeutung** und Handlungsoptionen gerade auch für den **gemeinnützigen Wohnbausektor** in Österreich nach.

Die **Ursachen der wirtschaftlichen Probleme Spaniens** und die **Auswirkungen der europäischen Maßnahmen** beschäftigen **Günther Grunert**. Der zweite Teil seiner Abhandlung, der sich mit den politischen und ökonomischen Perspektiven befasst, erscheint in ZUKUNFT 04/2013.

Ludwig Dvořák schlägt angesichts der Wahlergebnisse eines Mario Monti, Silvio Berlusconi, eines Beppe Grillo in Italien, aber auch eines Frank Stronachs in Österreich dringend vor, die **europäische Krisenpolitik** grundlegend zu überdenken.

Christian Hofmann lässt das politische Wirken des verstorbenen venezolanischen Präsidenten **Hugo Chávez** Revue passieren.

Nach den Buchtipps setzt sich **Markus Marterbauer** kritisch mit der medial **IHS-»Studie« zum Thema Vermögenssteuer** auseinander und zeigt **zahlreiche Fehlanahmen und Schwächen** auf, die zu irreführenden Schlussfolgerungen geführt hätten.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

Inhalt



SIR BEN KINGSLEY, LONDON 2010 © BRYAN ADAMS

Aktuelle Debatte **Wasser privatisieren?**

6 Die EU-Konzessionsrichtlinie

VON ALICE WAGNER

10 Kommunale Gestaltungshoheit ist Trumpf

VON HEIDRUN MAIER-DE KRUIJFF

Schwerpunkt **Wohnpolitik**

14 Für eine offensive Wohnpolitik

VON WOLFGANG MOITZI

18 Privatmieten steigen doppelt so stark wie Einkommen und Inflation

VON LUKAS TOCKNER

20 Leistbares Wohnen – eine Frage sozialer Fairness

VON MICHAEL LUDWIG

24 Deficit Spending und Wohnbaupolitik

VON BERND RIESSLAND

30 Eurokrise und kein Ende – Spanien im freien Fall

VON GÜNTHER GRUNERT

38 Is Berlusconi just around the corner?

VON LUDWIG DVOŘÁK

40 Chávez' Erbe

VON CHRISTIAN HOFMANN

44 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

46 Vermögenssteuern - mehr als »nur« gerecht

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18 **Verlag und Anzeigenannahme:** Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft« (im Eigenverlag) **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.* Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Mag. Ludwig Dvořák (geschäftsführend) **Redaktion:** Mag. Alessandro Barberi, Bernhard Bauer, Mag.* Elisabeth Felbermair, DSA Senad Lacevic, Mag. Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Mag. Artur Streimelweger, Mag.* Olivia Weiß **Production Manager:** Dr. Manfred Lang **Art Direction:** Gábor Békési **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt **Coverfoto:** Sir Ben Kingsley, London 2010 © Bryan Adams

OFFENLEGUNG GEM. § 25 MEDIENGESETZ

Verleger (im Eigenverlag) und Herausgeber mit Sitz in 1014 Wien, Löwelstraße 18, ist die Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft« (Mitglieder: Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen, Gesellschaft für sozialdemokratische Medienpolitik, Dr.-Karl-Renner-Institut). Blattlinie: »Zukunft« ist ein Organ der sozialdemokratischen Bewegung in Österreich. Die »Zukunft« sieht ihre Aufgabe vor allem darin, auf hohem Niveau Entwicklungen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Kultur, Fragen der internationalen und österreichischen Politik zu analysieren und zu diskutieren.

Die EU-Konzessionsrichtlinie

Alice Wagner fasst in ihrem Beitrag Diskussion und aktuellen Stand rund um die umstrittene EU-Konzessionsrichtlinie zusammen. Der Druck zur Privatisierung könnte durch die Richtlinie steigen, ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, zu dem viele Gemeinden in Europa den Weg der Re-Kommunalisierung beschreiten.

In der aktuellen Diskussion zum Vorschlag über eine Konzessionsrichtlinie¹ prallen einmal mehr entgegengesetzte Vorstellungen über die Rolle und Zukunft öffentlicher Dienstleistungen aufeinander. Ausgewiesenes Ziel des Vorschlags ist es der »Abschottung der Märkte« mit einem »tatsächlichen, diskriminierungsfreien Marktzugang aller Wirtschaftsteilnehmer in der Union« und einer »wirklichen Marktöffnung« zu begegnen.² Dabei geht es um einen Rechtsakt über Bau- und Dienstleistungskonzessionen³, welcher u. a. auch die öffentlichen Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, sowie in abgeschwächter Form auch die sozialen Dienste und Gesundheitsdienstleistungen⁴ umfasst. Einen Privatisierungsautomatismus für die öffentlichen Dienstleistungen sieht der Richtlinienvorschlag nicht vor. Inhärentes Ziel des Richtlinienvorschlags ist jedoch ein vermehrter Einsatz von Public Private Partnership-Modellen.

Aus Sicht der KritikerInnen der Richtlinie – Gewerkschaften, NGOs, Städte, Gemeinden und BürgerInnen: eine klare Themenverfehlung. Notwendig wären Maßnahmen die es ermöglichen, alle Menschen flächendeckend mit qualitativ guten und erschwinglichen Leistungen der Daseinsvorsorge zu versorgen sowie Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen und Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Bereich zu gewährleisten.

KONZESSIONSRICHTLINIE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Die im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments mehrheitlich beschlossenen Kompromisse (Juvin-Bericht⁵) bringen zwar einige Verbesserungen, indem sie Unklarheiten des Kommissionsvorschlags bereinigen. Jedoch bleibt der

mehrheitlich konservative-liberal besetzte Binnenmarktausschuss bei der grundsätzlichen Ausrichtung des Vorschlags: Als Ziel der Konzessionsrichtlinie nennt der Juvin-Bericht unter anderem, dass mit diesem Rechtsakt der Wettbewerb bei den öffentlichen Dienstleistungen stimuliert werden kann.⁶

Einem Änderungsantrag⁷, der alle öffentlichen Dienstleistungen (neben dem Wasser etwa auch die Abfallentsorgung, sozialen Dienste und Gesundheitsdienste) vom Anwendungsbereich ausnehmen wollte, sind die Abgeordneten nicht gefolgt. Stattdessen wurde ein schwacher Kompromisstext angenommen, der lediglich feststellt, dass Städte und Gemeinden auch in Zukunft selbst über die Erbringung der öffentlichen Dienstleistungen entscheiden können.⁸ Diese Feststellung ist rechtlich bedeutungslos, da sich die öffentlichen Dienste ja weiterhin im Anwendungsbereich der Richtlinie befinden. Ebenso lehnte die Mehrheit im Ausschuss die verstärkte Verankerung sozialer Kriterien ab. Die vorgeschlagenen Abänderungsanträge hätten etwa die verpflichtende Durchsetzung der Kollektivverträge, der Ausschluss von Unternehmen, die in der Vergangenheit regelmäßig gegen das Arbeitsrecht verstoßen haben oder die Beschränkung der Sub-Auftragsvergabe vorgesehen.

Doch die mittlerweile über 1,2 Millionen Unterschriften der Bürgerinitiative *Right2Water*⁹, der zunehmende Protest und die mediale Berichterstattung, ließen Binnenmarkt-Kommissar Barnier nicht ganz unberührt. In einem Gastkommentar in einer österreichischen Tageszeitung¹⁰ verteidigt der Kommissar seinen Vorschlag und vor dem Binnenmarktausschuss signalisiert er sogar ein Einlenken bei einigen Fragen. Jedoch: Die grundlegende Philosophie der Kommission zu den öffentlichen Dienstleistungen bleibt bedauerlicher Weise

1. Vorschlag für eine Richtlinie über die Konzessionsvergabe, KOM(2011) 897 endg.
2. Vgl. Punkte 2. und 3. der Begründung sowie Erwägungsgründe 1 und 11.
3. Unter einer Konzession versteht der Kommissionsvorschlag einen Vertrag zwischen einem Wirtschaftsteilnehmer und einem öffentlichen Auftraggeber über die Erbringung einer Dienstleistungen/Ausführung von Bauarbeiten, wobei die Gegenleistung im Recht zur Nutzung dieser Leistung oder in diesem Recht zuzüglich einer Zahlung besteht (vgl. Art 2 Abs 1).
4. Für die sozialen Dienste und Gesundheitsdienstleistungen gibt es ein »light regime«, für diese Dienstleistungen ist keine europaweite Ausschreibung, sondern nur eine Vergabe- und Konzessionsbekanntmachung erforderlich (vgl. Art 17).
5. Report on the proposal for a directive on the award of concession contracts, A7-0030/2013.
6. Juvin-Report, Explanatory Statement, Seite 188.
7. Vgl. Änderungsantrag 535.

8. Juvin-Report, Amendment 34.
9. Bürgerinitiative »Wasser und Sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht« <http://www.right2water.eu/de>.
10. Michel Barnier, Brüssel, Wien und der Kampf ums Wasser, <http://derstandard.at/1353209139947/Bruessel-Wien-und-der-Kampf-ums-Wasser>.
11. Vgl. die drei Forderungen der Bürgerinitiative: »1. Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle Bürger und Bürgerinnen das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung haben. 2. Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen darf nicht den Binnenmarktregeln unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft ist von der Liberalisierungsagenda auszuschließen. 3. Die EU verstärkt ihre Initiativen, einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu erreichen«.
12. <http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20130221-0900-COMMITTEE-IMCO&vodtype=Live>.
13. http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-131_en.htm.

unberührt. Der Kernforderung¹¹ der Bürgerinitiative, nämlich die Wasserversorgung von den Regeln des Binnenmarktes auszunehmen, erteilt der Kommissar eine klare Absage. Aus Sicht von Kommissar Barnier läge es »nicht im Interesse der Bürger, der Verbraucher und der Steuerzahler« die Wasserversorgung aus dem Binnenmarkt auszunehmen, denn »ein finnischer, deutscher, französischer Bürger, der in ein anderes Land geht, hat sonst keine Garantie dafür, dass er hochwertiges Trinkwasser bekommt«¹².

PRIVATISIERUNG: ZWANG NEIN, DRUCK JA

Ein zumindest verbales Zurückrudern ist auch in der gemeinsamen Aussendung der Kommissare Barnier und Potocnik von Ende Februar zu erkennen, in welcher noch einmal »klar festgestellt wird, dass die Europäische Kommission keine Politik verfolgt, die Mitgliedstaaten dazu zwingt, ihre Wasserdienstleistungen zu privatisieren«¹³. Dass die Kommission jedoch sehr wohl die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen als Wachstumsmotor ansieht und Druck auf dementsprechende Politik der Mitgliedstaaten ausübt, zeigt sich nicht nur am Text und den Erläuterungen zur Richtlinie.

Besonders deutlich brachte es die Kommission in einem Schreiben an die Krisenländer Südeuropas zum Ausdruck: »Die Kommission glaubt, dass eine sorgsam durchgeführte Privatisierung von öffentlichen Versorgungsunternehmen, inklusive der Wasserversorger, der Gesellschaft nutzen kann. Zu diesem Zweck soll Privatisierung stattfinden, sobald der geeignete gesetzliche Rahmen geschaffen ist, um den Missbrauch durch private Monopole zu verhindern.«¹⁴ Wird durch die Konzessionsrichtlinie ein Teil eines geeigneten gesetzlichen Rahmens geschaffen? Im Lichte derartiger Äußerungen erhält der Vorschlag umso mehr einen bitteren Beigeschmack.

UND IN ÖSTERREICH?

Zu so dramatischen Entwicklungen wie bei der Wasserprivatisierung in Griechenland¹⁵ wird es in Österreich vorerst nicht kommen, zur Anpassung an Vorgaben der Konzessions-

richtlinie – so sich in den Verhandlungen nicht massive Änderungen in der Richtlinie ergeben – aber durchaus. Will die öffentliche Hand eine Dienstleistung in Zukunft weiterhin selbst erbringen, wäre dies nur im Rahmen der eng gesteckten Grenzen zulässig: Schon eine private Beteiligung von 1 % bedeutet, dass die Dienstleistung nicht mehr »inhouse« – also selbst – erbracht werden darf.¹⁶ Die gesamte Dienstleistung müsste dann europaweit ausgeschrieben werden. Zudem muss eine Kontrolle wie über eigene Dienststellen vorliegen (d. h. maßgeblicher Einfluss auf die strategischen Ziele und wesentlichen Entscheidungen) sowie 90 % (Binnenmarkt-Ausschuss: 80 %) der Tätigkeit für den öffentlichen Auftraggeber erbracht werden müssen.¹⁷

Das letztgenannte Kriterium verursacht Probleme bei den Mehrsparten-Stadtwerken, die etwa neben der Wasserversorgung auch andere Dienste wie Energieversorgung erbringen.¹⁸ In Österreich dürften davon insbesondere die Salzburg AG und die Linz AG betroffen sein, die beide Mischkonzerne sind und zahlreiche öffentliche Dienstleistungen erbringen.¹⁹ Betreffend die Mehrsparten-Stadtwerke zeigte die Kommission zuletzt Problembewusstsein und Bereitschaft die Richtlinie im Rahmen des Trilogs zu überarbeiten.

Die durchaus komplizierten Regelungen beinhalten erhebliche Rechtsunsicherheit und werden auch BürgermeisterInnen kleinerer Städte und Gemeinde vor schwierige Auslegungsfragen stellen. Mit der Richtlinie potentiell in Widerspruch stehen Konstruktionen, wo eine größere Stadt für Umlandgemeinden Aufgaben »miterledigt«, und im Ausgleich dafür einen Finanztransfer erhält. Die Richtlinie fordert bei einer Zusammenarbeit mehrerer Gemeinden eine »Vereinbarung über eine echte Zusammenarbeit«, deren Ziel es sein muss eine »öffentliche Aufgabe gemeinsam wahrzunehmen«. Hier wäre etwa die Stadt Wien betroffen, die sowohl entlang der Hochquellleitungen gelegen Gemeinden mitversorgt, als auch die Abwasserversorgung von Umlandgemeinden übernimmt.²⁰

14. Schreiben der Europäischen Kommission, Ref. Ares(2012)1125135 – 26/09/2012: http://corporateeurope.org/sites/default/files/reply_to_mrs_zanzanaini.pdf; Deutsche Übersetzung zitiert nach: <http://www.heide-ruehle.de/heide/fe/pub/de/dct/917>.
15. Vgl. etwa http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europastaaten/524717_Griechenland-wird-EU-Vorreiter-bei-Wasser-Privatisierung.html.
16. Art 15 Abs 1.
17. Art 15 Abs 1.
18. Vgl etwa Ausführungen von Heide Rühle auf der AK-Veranstaltung »Zukunft der Wasserversorgung« <http://www.heide-ruehle.de/heide/fe/pub/de/dct/935>.
19. Vgl. ÖGPP, Fakten und Argumente zur »Konzessionsrichtlinie«, http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/1_Liberalisierung/Argumente_zur_Konzessionsrichtlinie.pdf.
20. <http://www.wien.gv.at/rk/msg/2013/01/24017.html> sowie ausführlicher <http://www.ullisima.at/>.
21. Kommissionsvorschlag: 5 Mio. Euro, Bekanntmachung ab 2,5 Mio. Euro; Binnenmarkt-Ausschuss: 8 Mio. Euro (vgl. Art 5).
22. Vgl. die zahlreichen Literaturhinweise der AK-Veranstaltung »Reclaim Public Services: Rückkehr des Öffentlichen« <http://wien.arbeiterkammer.at/online/rueckkehr-des-oeffentlichen-69855.html>.
23. <http://www.imf.org/external/np/fad/2004/pifp/eng/031204.htm>.
24. http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PKO568/.

Zwar erscheinen die Schwellenwerte für die EU-weite Ausschreibung auf den ersten Blick hoch. Laut einer Berechnung der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach überschreiten bei einer Konzessionslaufzeit von 20 Jahren jedoch schon Wasserversorger von rund 4.000 EinwohnerInnen den Schwellenwert von 8 Mio. Euro. Zudem sind unbefristete Verträge nach der Konzessionen-Richtlinie nicht mehr erlaubt, selbst dann wenn sie aufgrund von Langfristigkeit der Leistungserbringung sinnvoll wären.

KOMMT DIE RÜCKKEHR ZUR ÖFFENTLICHEN HAND?

Die konkreten Ergebnisse der Trilogverhandlungen zwischen Kommission, Parlament und Rat werden zeigen, inwiefern es tatsächlich eine tiefere Überarbeitung des Richtlinienvorschlages geben wird. Bislang gibt es noch von keiner der drei Institutionen eine Zusage, die Wasserversorgung oder die öffentlichen Dienstleistung insgesamt von der Richtlinie auszunehmen.

Entgegen dem von der Kommission propagierten Wachstum-durch-Marktöffnung-Modell, hat in zahlreichen Kommunen quer durch Europa ein echter Umdenkprozess eingesetzt. Die Probleme vormaliger Privatisierungen – wie steigende Preise, Qualitätsverschlechterungen und Sicherheitsprobleme, fehlende Investitionen in die Infrastruktur, Verschlechterung für die Beschäftigten sowie Verlust der demokratische Kontrolle –, schlagen derzeit zahlreiche Kommunen quer durch Europa den Weg der Rekommunalisierung ein (etwa in Frankreich im Bereich der Wasserversorgung oder in Deutschland im Energiesektor). Selbst der IWF und der österreichische Rechnungshof haben festgestellt, dass der private Sektor nicht unbedingt effizienter arbeitet und die öffentliche Hand ihre Investitionsprojekte in den meisten Fällen zu günstigeren Konditionen finanzieren kann. Europa sollte die Gemeinde in diesen Rekommunalisierung-Bestrebungen unterstützen und sich für eine hohe Qualität der Dienstleistungen für die NutzerInnen und Beschäftigten einsetzen.

Mit der Forderung nach der Ausnahme der Wasserversorgung aus dem Binnenmarkt verlangt die Bürgerinitiative *Right2Water* ein echtes Umdenken in Europa. Nach Ende der Eintragsfrist am 1. November sind Parlament und Kommission zum Handeln aufgerufen. Es bleibt zu hoffen, dass das als große direkt-demokratische Errungenschaft des Lissabon Vertrags beworbene Instrument der Bürgerinitiative von den europäischen EntscheidungsträgerInnen ernst genommen wird.



ALICE WAGNER

ist Referentin der Abteilung EU & Internationales der Arbeiterkammer Wien und Redaktionsmitglied des *juridikum*, *zeitschrift für kritik – recht – gesellschaft*; alice.wagner@akwien.at

Eine Kurzfassung des Beitrags ist im neuen Blog »Arbeit&Wirtschaft« erschienen: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at>. Der Blog »Arbeit&Wirtschaft« versteht sich als digitales Informations- und Diskussionsangebot ergänzend zur gleichnamigen Zeitschrift und richtet sich an Menschen, die an Perspektiven für eine Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft im Interesse der arbeitenden Menschen interessiert sind.

BRIAN
ADAMS –
EXPOSED



Kommunale Gestaltungshoheit ist Trumpf

Die Zukunft der Wasserversorgung ist derzeit in aller Munde. Aus einem zunächst sehr technischen Streit über Sinn und Unsinn einer EU-Richtlinie hat sich eine lebhafte Debatte entwickelt, die interessanterweise auch von europapolitisch unbedarften Medien aufgenommen wurde. Gibt es tatsächlich gute Argumente für mehr private Beteiligung an der Wasserversorgung?

In Österreich ist die Wasserversorgung zum größten Teil öffentlich, das heißt durch kommunale oder genossenschaftliche Anlagen sichergestellt. Nicht nur, weil das kühle Nass unersetzlich für den Menschen ist und deswegen besonderen Schutz und Behandlung verdient. Das allein ist zwar ein wichtiges und richtiges Argument, aber nicht das einzige. Würde es nur darum gehen, wäre ja auch eine staatliche Organisation von Bäckereien nicht abwegig. Der wesentliche ökonomische Unterschied betrifft die Kostenstruktur, die sich im überwältigenden Ausmaß auf die Bereitstellung und Wartung der Verteilnetze konzentriert. Aufgrund dieser hohen Markteintrittsbarrieren fällt auch die wesentliche Grundvoraussetzung für marktwirtschaftliche Prozesse weg – nämlich Konkurrenz. Wettbewerb kann in diesem Fall niemals »im Markt« stattfinden (KundInnen in einem Versorgungsgebiet zu gewinnen), sondern höchstens »um den Markt« in Form zeitlich und räumlich eingegrenzter Ausschreibungen. Eventuelle positive Effekte des freien Marktes können sich jedenfalls nur sehr eingeschränkt entwickeln, da das öffentliche Monopol lediglich zu einem privaten Monopol auf Zeit umgewandelt werden kann.

Deshalb ist auch das Hauptargument niedriger Wasserpreise durch private Erbringer mit Vorsicht zu genießen. Selbst wenn es möglich sein sollte, mittels Einschnitten bei den Personalkosten kurzfristig billiger zu agieren, ist es unwahrscheinlich, dass die Einsparungen auch bei den BürgerInnen ankommen. Ganz im Gegenteil, kommt es in vielen Fällen eher zu Preiserhöhungen. Denn ein privater Monopolist ohne Konkurrenz hat auch keinen Grund Preise zu senken. Abgesehen davon bleiben derartige Effekte im Bereich

der Wasserversorgung ohnehin kurzfristig, da der wesentliche Kostenfaktor eben die Netzinfrastruktur betrifft. Eine fatale Anreizsituation: Ein rein gewinnorientiertes Unternehmen wird Infrastrukturinvestitionen in aller Regel nur auf die Dauer des exklusiven Nutzungsrechtes (Konzession) kalkulieren und dementsprechend keine langfristig-strategischen Investitionen tätigen. Es gibt durchaus Beispiele für eine derartige Gewinnabschöpfung auf Kosten der Infrastruktur: Großstädte wie London oder Paris haben diese schmerzhaft Erfahrung bereits gemacht und sind nun damit beschäftigt, den Scherbenhaufen zusammenzukehren. Einmal ausgelagerte Leistungen sind nämlich nur mit viel Aufwand wieder zurückzugewinnen, nicht zuletzt, da Know-How und Fachexpertise nun fehlen.

Für den Trinkwasserschutz gilt die gleiche Logik, denn aus welchem Grund sollte ein rein gewinnorientierter Betreiber mit einem Nutzungsrecht von 20 Jahren Geld in den Schutz von Quellgebieten stecken, wo die positiven Effekte dieser Maßnahme über den Wasserkreislauf womöglich erst in 50 Jahren spürbar werden? Dazu kann das Unternehmen nur per Vertragsbestimmungen verpflichtet werden, womit ein nahtloser Übergang zum Thema Transparenz gemacht ist.

TRANSPARENZ UND KONTROLLE

Eine Trumpfkarte öffentlich beherrschter Wasserversorgung ist die demokratische Kontrolle. Zwar verfolgen auch öffentliche EntscheidungsträgerInnen wohl nicht immer nur langfristige Absichten zum Vorteil der Wasserversorgung, dennoch besteht ein hohes Maß an verfahrensmäßiger Transparenz und demokratischer Legitimation durch Wahlen oder Gebühren-

beschlüsse. Im Gegensatz dazu sind privatrechtliche Verträge nicht ohne weiteres einsehbar. Beispielweise mussten die Berliner BürgerInnen die Veröffentlichung des einschlägigen Vertragswerkes zwischen der Stadt und dem Veolia-Konzern per Volksbegehren erzwingen, um dann mit jahrelanger Verspätung die Übervorteilung durch den privaten Betreiber ohnmächtig nachzulesen.

Ob ein Investor tatsächlich strategisch und langfristig agiert, lässt sich eben erst im Nachhinein beurteilen. Ein von Quartalszahlen abhängiger Konzern entwickelt unter dem Druck der Anteilseigner mitunter auch recht schnell andere Perspektiven auf ein Geschäftsfeld. Natürlich ist es ebenso verfehlt, wenn sich Unternehmen im öffentlichen Eigentum zu Playern am Wassermarkt entwickeln. Denn wer sich einmal dafür entscheidet, marktmäßig zu agieren – auch in öffentlichem Eigentum – sollte dies nicht aus der geschützten Basis von Monopolstrukturen am Heimatmarkt tun dürfen. Derartige Beispiele aus Frankreich und Deutschland erweisen der kommunalen Sache einen Bärendienst und rauben der Forderung nach Gestaltungshoheit und Selbstbestimmung sehr viel Legitimation. Nicht zuletzt auf Ebene der Europäischen Union.

Ein Blick auf die Gründe für Auslagerungen oder Privatisierung der Wasserversorgung zeigt auch, dass meist leere Kassen und die bedrohliche Aussicht hoher Investitionen in die Netzinfrastruktur am Anfang stehen. Nur selten ist da noch die Rede von Innovation, Effizienz oder Service durch Private – es geht um Verkaufserlöse zur Haushaltskonsolidierung. Natürlich geht das nur einmal, natürlich verliert die Kommune dadurch die Erträge aus der Trinkwasserversorgung sowie Einfluss auf die strategische Entwicklung. Angesichts der prekären Finanzsituation werden die negativen Konsequenzen aber zähneknirschend in Kauf genommen. Ein Schelm, wer an dieser Stelle den Bogen zu den Ursachen für den immensen Spardruck auf Ebene der Kommunen spannt: massive öffentliche Investitionen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise

und zur Rettung des Bankensektors. Aus dieser Perspektive stößt der dezente Hinweis der Europäischen Kommission an Portugal und Griechenland, doch einen Verkauf der öffentlichen Wasserversorger zu erwägen, wirklich sauer auf.

FAZIT

Die kommunale Gestaltungshoheit in der Wasserversorgung hat eine wichtige Funktion, die nicht aufs Spiel gesetzt werden sollte. Weder durch Rechtsvorschriften, die der europäischen Heterogenität und Fragmentierung in diesem Sektor einfach nicht gerecht werden. Noch durch den indirekten Zwang zur Tatenlosigkeit aufgrund leerer Kassen. Womöglich können private Betreiber mithilfe kostspieliger und komplizierter Vertragswerke und Kartellbestimmungen einigermaßen domestiziert werden. Aber wozu der ganze Aufwand? Die BürgerInnen wollen erwiesenermaßen keinen Wechsel und die Argumente für private Betreiber sind mehr als zweifelhaft. Denn bei allem Druck zur Mobilisierung privaten Investitionskapitals, eines sind Liberalisierungen im Wassersektor erwiesenermaßen nicht: ein Automatismus zu niedrigeren Preisen samt eingebautem Wirtschaftswachstum. 

HEIDRUN MAIER-DE KRUIJFF

ist Geschäftsführerin des Verbands der Öffentlichen
Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs.



ROUTE
66

Unscarred



BRIAN ADAMS – EXPOSED

Er ist ohne Zweifel ein hervorragender Musiker und Komponist. Dass Bryan Adams aber auch ein hervorragender Fotograf ist, ist (noch) weitgehend unbekannt. Neben der Liebe zur Musik wuchs über die letzten Jahrzehnte auch seine Liebe zur Kunst, insbesondere zur Fotografie. In der Ausstellung Bryan Adams - Exposed zeigt das NRW-Forum Düsseldorf nun zum ersten Mal in Deutschland einen umfassenden Querschnitt der besten Fotoarbeiten des Kanadiers.

Die Ausstellung zeigt ca. 150 Künstlerportraits, aber auch eine komplett neue Serie von Arbeiten, die Bryan Adams sehr am Herzen liegen: Portraits von britischen Soldaten, die verletzt aus den Auslandseinsätzen der Armee wieder nach Hause gekommen sind.

bis 22. Mai 2013
NRW-Forum Düsseldorf
Ehrenhof 2, 40479 Düsseldorf
Di – So: 11:00 – 20:00 / Fr 11:00 – 24:00
www.nrw-forum.de

Für eine offensive Wohnpolitik

Im Februar hat die Sozialistische Jugend eine Kampagne für leistbares Wohnen gestartet. Wolfgang Moitzi argumentiert, warum Wohnpolitik von der SPÖ offensiver besetzt werden muss und warum die ÖVP-Vorschläge wie eine Nebelgranate wirken.

Nun hat es offenbar sogar die ÖVP verstanden: Wohnraum wird immer weniger leistbar. Weil Wohnen aber wie Arbeit und Gesundheit ein Grundbedürfnis von Menschen ist, ist das ein Politikum ersten Ranges. Wohnkosten sind im Haushaltsbudget jeder Familie der wohl größte Einzelposten. Die Qualität des Wohnraums trägt viel zur Lebensqualität bei, sein Preis entscheidet wesentlich mit, ob und wie lange eine Familie auf Urlaub fahren kann oder nicht, was man sich nebenbei leisten kann oder nicht. In den letzten Jahren sind die Mietkosten vor allem im privaten Wohnungssektor explodiert. Zwischen 2000 und 2011 stiegen die Mieten (ohne Betriebskosten) um ca. 40 Prozent, während die Löhne, die in etwa der Inflationsrate entsprechen, durchschnittlich nur um 25 Prozent erhöht wurden. Der Großteil der Mieterhöhungen ist dabei auf den privaten Sektor zurückzuführen. In anderen Worten: Die Gewinne der privaten ImmobilienbesitzerInnen explodierten, während die steigenden Mietpreise für immer mehr Menschen existenzbedrohend wurden.

Wohnen ist ein Thema, das Menschen in ihren Existenzgrundlagen berührt. Es ist daher kein Zufall, dass die Sozialdemokratie historisch den Wohnbau und den MieterInnenschutz als zentrales Signalthema sozialdemokratischer Politik gewählt hat. Auch der Zusammenhang der beiden Themen ist kein Zufall. Ein starker MieterInnenschutz dient der Preisregulierung und dem Schutz des schwächeren Vertragsteils vor Übervorteilung am Markt. Weil sich der Markt aber an Profitinteressen und nicht an Wohnbedürfnissen orientiert, braucht es daneben den öffentlichen Wohnbausektor. Denn er muss für den Neubau leistbarer, qualitativer und den Bedürfnissen künftiger BewohnerInnen entsprechenden Wohnraums sorgen. MieterInnenschutz und öffentlicher Wohnbau gehö-

ren zusammen, nur gemeinsam kann der Bedarf an leistbarem Wohnraum gesichert werden.

EINE KLARE ENTWICKLUNG

Der Preisanstieg ist seit über einem Jahrzehnt für jeden Leser von Wohnungsannoncen mit freiem Auge sichtbar und regelmäßig durch Studien belegt. Die Hausbesitzer-Parteien ÖVP und FPÖ haben diese Entwicklung bewusst gefördert: Sie haben bis 2006 den MieterInnenschutz gelockert, seit 2006 widersetzt sich die ÖVP jeder substanziellen Verbesserung im Mietrechtsgesetz und überfälliger Maßnahmen zur Ankerbelung des gemeinnützigen Wohnbaus. Auch die Entwicklung beim Wohnbau war absehbar: Durch die Aufhebung der Zweckwidmung der Wohnbauförderung, den Verkauf und die Verpfändung von Wohnbaudarlehen werden die verfügbaren Investitionssummen immer kleiner. Durch die Erwartung hoher Mieterträge steigen gleichzeitig die Immobilienpreise, wodurch Spekulation angeheizt wird und dem geförderten Wohnbau Flächen entzogen werden. Da gerade angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise viele Vermögende in Immobilien eine sichere Anlagemöglichkeit sehen, verschärft sich diese Problematik, womit der Wohnungsmarkt im privaten Mietwohnungsbau weiter spekulativ aufgeheizt wird.

SCHWARZE METAMORPHOSEN

Als sich im Dezember des Vorjahres die Grünen auf das Feld der Wohnbaupolitik wagten und eine Begrenzung des Mietzinses am privaten Wohnungsmarkt forderten, verloren ÖVP und FPÖ kurzzeitig völlig die verbale Kontrolle über sich, und das obwohl die Grünen als Mietobergrenze Beträge weit über den aktuellen Richtwertmieten forderten. ÖVP und FPÖ brachten ganz ehrlich zum Ausdruck, was seit Jahren politisch sichtbar ist: Sie stehen auf Seiten der privaten Immobilien-

wirtschaft und ihrem Streben nach Rekordprofiten auf Kosten der MieterInnen.

Doch am Wohnungsmarkt brennt der Hut. Wenn heute in bürgerlichen Wiener Bezirken neu errichtete, frei finanzierte Eigentumswohnungen zwischen 5.000 und 6.000 Euro pro Quadratmeter kosten, dann machen sich öVP-Politiker mit ihren Phrasen von einem „Volk von Eigentümern“ selbst in ihren Kernschichten unglaubwürdig. Die rhetorische Kehrtwende ist das Eingeständnis einer von der öVP wesentlich mitverantworteten gescheiterten Politik.

Dass es sich bei der neuen Rhetorik aber im Wesentlichen um eine Nebelgranate handelt, zeichnete sich innerhalb weniger Stunden ab. Die ganz zentrale Forderung nach einer Zweckbindung der Wohnbaufördermittel wurde auf Druck der Länder von Vizekanzler Spindelegger innerhalb weniger Stunden auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Stattdessen hat die angebliche »Mittelstandspartei« öVP jetzt vor allem einen Kampf gegen »BesserverdienerInnen« im geförderten Wohnbau ausgerufen. Wer im Laufe der Jahre zuviel verdient, solle ausziehen, fordert die öVP. Nun ist sie bislang das Beispiel des Millionärs, der im Gemeindebau wohnt, schuldig geblieben. Letztlich führt die öVP-Forderung aber zu einer Ghettoisierung nach Einkommen, die selbst in den tristen sozialen Verhältnissen der Ersten Republik stets bewusst vermieden wurde. Wohnraum wurde nicht nach Einkommen, sondern nach Bedarf vergeben. Das sorgte für jene soziale Durchmischung, die Wien (und andere Städte Österreichs) auszeichnet und von anderen westeuropäischen und amerikanischen Städten unterscheidet. Wer mehr verdient, soll mehr Steuer zahlen und nicht durch ein undurchschaubares Gewirr an Selbstbehalten, Studien- und sonstigen Gebühren von den Leistungen des Wohlfahrtsstaates ausgeschlossen werden.

ZEIT ZU HANDELN

Für die Sozialdemokratie sind die letzten Monate ein Signal. Unsere Forderungen zum Thema Wohnen sind regelmäßig

Bestandteil unserer Wahlprogramme und werden von Zeit zu Zeit pflichtschuldig vorgetragen. Dass Grüne und öVP plötzlich auf dieses Feld drängen (und in Graz die KPÖ vier Wahlen damit erfolgreich geschlagen hat), zeigt aber eines: Es ist allerhöchste Zeit ist, dass die Sozialdemokratie das Thema Wohnen offensiv besetzt.

Die Bereitstellung neuen Wohnraums, die stadtplanerischen Perspektiven und eine deutliche Reduktion des Mietpreinsniveaus sind kein Thema für die vorletzte Seite eines Wahlprogramms. Sie sind eine Kernkompetenz der Sozialdemokratie und sie sind ein ganz zentraler Hebel für Umverteilung und eine spürbare Hebung des Lebensstandards der Menschen in diesem Land.

Genau aus diesem Grund hat die Sozialistische Jugend im Februar dieses Jahres eine Kampagne für leistbares Wohnen gestartet.

Wir haben einen umfassenden Forderungskatalog erstellt, wie wir (junges) Wohnen wieder leistbarer machen wollen:

1. Modernes Mietrecht:

- Anwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes auf sämtliche Mietverhältnisse ausdehnen
- Der unbefristete Vertrag soll zur Regel und die Befristung zur begründungspflichtigen Ausnahme werden
- Klare und nachvollziehbare Mietobergrenzen
- Betriebskosten senken durch die Herausnahme der Grundsteuer und der
- Versicherungsprämie

2. Öffentlichen und gemeinnützigen

- Wohnbau ankurbeln:
- Wiedereinführung der Zweckwidmung der Wohnbauförderung
- Einführung einer eigenen Widmungskategorie für den sozialen Wohnbau

- Bei Umwidmungen ab einer gewissen Größe sollen mindestens 30% für den sozialen Wohnbau zweckgewidmet werden

3. Spekulation bekämpfen:

- Spekulationsverbot mit Wohnbaugeldern
- Leerstandsabgabe für leerstehende Wohnungen
- Einschränkung der Privatisierung von gemeinnützigen Wohnungen

4. Startwohnungen für junge Menschen:

- Wiedereinführung eines Startwohnungsgesetzes für junge Menschen
- Übernahme der Provision von den WohnungseigentümerInnen
- Begrenzung der Kautions auf maximal 1 Monatsmiete

WOHNPOLITIK IST VERTEILUNGSPOLITIK

Durch diese Maßnahmen kann eine Trendumkehr geschafft werden. Wohnpolitik muss neben einer Verbesserung der Primärverteilung der Einkommen und einer grundlegenden Reform des österreichischen Steuersystems ganz oben auf der Agenda für mehr Verteilungsgerechtigkeit stehen. Legen wir auf den Tisch, um wieviel Euro eine starke SPÖ den MieterInnen von Altbauwohnungen pro Monat billiger kommt, rechnen wir vor, wieviele neue Wohnungen mit leistbaren Mieten wir in der nächsten Legislaturperiode errichten werden und wieviele Startwohnungen wir jungen Menschen übergeben wollen. Wohnpolitik ist konkret. Und konkrete Politik für mehr Gerechtigkeit ist es, wofür wir gewählt werden. 🍷

WOLFGANG MOITZI

ist Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreich.

BRIAN
ADAMS –
EXPOSED



Privatmieten steigen doppelt so stark wie Einkommen und Inflation

Eine im Jänner 2013 veröffentlichte Studie der Arbeiterkammer Wien zeigt: Die Mieten steigen deutlich stärker als Einkommen und Inflation. Lukas Tockner stellt in seinem Beitrag die wichtigsten Ergebnisse der Studie vor und erläutert die aus seiner Sicht wichtigsten Forderungen für eine notwendige Reform des Mietrechts.

In Österreich leben rund 1,6 Millionen Haushalte in Mietwohnungen. Das ist mit 45 Prozent beinahe die Hälfte aller Haushalte im Land. Die überwiegende Mehrheit dieser MieterInnen lebt in Hauptmietwohnungen. Gemeindewohnungen machen rund ein Fünftel des Mietwohnungsbestandes aus. Wohnungen von gemeinnützigen Bauvereinigungen – »Genossenschaftswohnungen« – stellen rund zwei Fünftel des Gesamtbestandes dar, ebenso wie das für private Mietwohnungen der Fall ist. Das heißt drei von fünf Mietwohnungen unterliegen klaren Mietzinsbeschränkungen.

Bei den privaten Mietwohnungen wurde mehr als die Hälfte des Bestandes bereits vor 1945 errichtet. Diese unterliegen damit rechtlich eigentlich dem Richtwertmietsystem. Die Betonung liegt auf eigentlich, denn faktisch wird dieses System aufgrund der undurchsichtigen Zuschläge nicht angewandt. Mehrere Studien der Arbeiterkammer haben aufgezeigt, dass die Richtwerte systematisch nicht eingehalten werden (vgl. Rosifka / Postler 2010, Tockner 2012). Eine jüngst erschienene Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung hat ebenfalls belegt, dass bei privaten Neuvermietungen kein Unterschied zwischen Marktmieten und Richtwertmieten besteht (vgl. Kunnert / Baumgartner 2012). Ein Blick auf die Mietenentwicklung nach Vermietertypen zeigt deutlich, wieso die Durchschnittsmieten stärker als die Inflation steigen (s. Abb, 1, S. 21).

Innerhalb von fünf Jahren sind die Mieten bei sozial gebundenen Wohnungen in etwa im Ausmaß der allgemeinen Teuerung gestiegen. Die privaten Mieten sind hingegen regelrecht in die Höhe geschossen. Die Mieten sind dort mehr als doppelt so stark gestiegen wie die Einkommen und die

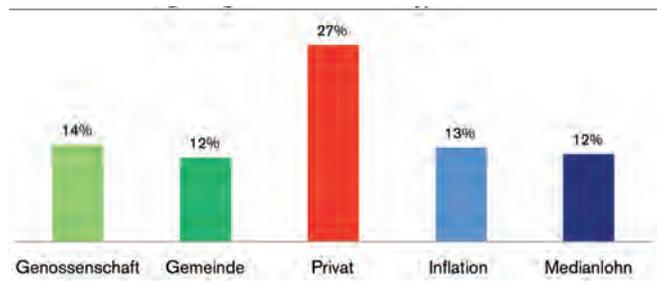
Inflation. Dazu kommt, dass im privaten Mietwohnungssegment fast nur noch befristet vermietet wird. Beinahe zwei Drittel der neuen Mietverträge werden nur mehr befristet abgeschlossen. Zum Vergleich: Bei den sozial gebundenen Mietwohnungen beträgt dieser Wert etwa 5 Prozent. Das Wohnumfeld der Menschen, die in privaten Mietwohnungen leben ist also substantiell unsicherer.

Die VermieterInnen halten dem immer entgegen, dass die Mieten wegen der Betriebskosten so stark stiegen und etwaige »tatsächliche« Erhöhungen auf Renovierungen und Qualitätsverbesserungen zurückzuführen seien. Diese Behauptungen sind leicht zu entkräften. Die Betriebskosten sind sowohl im gesamten Mietwohnungsbestand wie auch im Altbaubestand genau im Ausmaß der Inflation gestiegen, wie ein Zehnjahresvergleich zeigt. (s. Abb, 2, S. 21)

Während sich die Betriebskosten also moderat entwickelt haben, sind die Hauptmietzinse in Altbauwohnungen – das sind Mietwohnungen in vor 1945 errichteten Gebäuden – geradezu explodiert. Die Einnahmen der AlthausbesitzerInnen sind in den letzten zehn Jahren dreimal so stark gestiegen wie die Löhne der ArbeitnehmerInnen und die Inflation. Hier zeigt sich deutlich, dass das Richtwertsystem die Mieten im Altbau offensichtlich nicht wirkungsvoll begrenzt.

Die Mikrozensusdaten der Statistik Austria zeigen außerdem, dass etwa in Wien auf eine Wohnung der Kategorie D, die im Standard auf Kategorie A angehoben wird, vier Neuvermietungen von bestehenden privaten Altbauwohnungen der Kategorie A kommen. Die Preistreiber bei privaten Mietwohnungen sind damit klar identifiziert. Es sind die Neuver-

Abbildung 1:
Mietsteigerungen nach Vermietertypen 2005 – 2011



Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus / Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

tragsabschlüsse bei denen das Richtwertsystem systematisch nicht eingehalten wird, sowie die Neuabschlüsse bei nicht preisgeregelten privaten Mietwohnungen. Diese treiben die Mieten nach oben. Eine Ursache des Preisdrucks ist auch die zu geringe Neubauleistung im geförderten Mietwohnungsbereich. Das zu kleine Angebot an geförderten Wohnungen wirkt mit Hebelkraft auf die privaten Mieten. Besonders Leidtragende dieser negativen Entwicklung sind junge Wohnungssuchende. Diese müssen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für die Wohnkosten ausgeben.

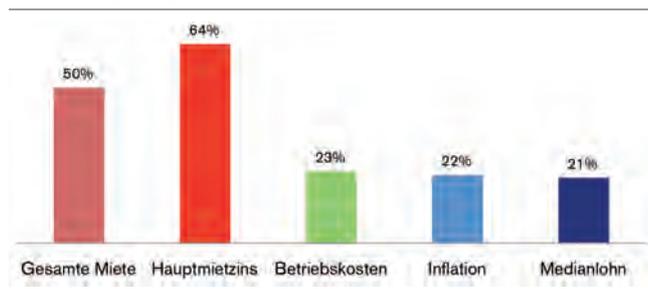
FORDERUNGEN FÜR EINE MIETRECHTSREFORM

Aufgrund der enormen Mietensteigerungen scheint eine Reform des Mietrechtsgesetzes unverzichtbar. Das Ziel ist eine klare Mietobergrenze bei privaten Mietwohnungen. Die Zu- und Abschläge zum Richtwert müssen im Mietvertrag verpflichtend angeführt werden und sind auf 20 Prozent dieses Werts zu begrenzen. Der Lagezuschlag ist zu streichen. Wenn die öffentliche Hand aus Steuergeldern eine U-Bahn errichtet, ist nicht einzusehen, wieso die VermieterInnen daran verdienen dürfen.

Darüber hinaus ist der Betriebskostenkatalog zu durchforsten. Die Grundsteuer und andere Kosten, welche nicht durch die MieterInnen verursacht werden – sogenannte unechte Betriebskosten –, dürfen nicht mehr auf die BewohnerInnen überwältigt werden. Deshalb sind neben der Grundsteuer auch noch die Verwaltungs- und Versicherungskosten aus dem Betriebskostenkatalog zu streichen.

Drittens sollten die Mieten von der Inflation entkoppelt werden. Mietzinsanpassungen sollten bei allen Mietverhältnissen erst nach fünf Jahren erfolgen. Wenn dann eine Erhöhung vorgenommen wird, muss diese geringer als sein als der Anstieg des Verbraucherpreisindex. Schließlich ist mit dem Befristungsunwesen aufzuräumen. Befristete Wohnungen bedeuten für die MieterInnen mehr Unsicherheit, weniger Mie-

Abbildung 2:
Mietensteigerungen in Altbauten (vor 1945 errichtet) 2001 – 2011



Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus / Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

terschutz und höhere Wohnkosten, zum Beispiel weil sie öfter umziehen müssen. Daher sollten die Befristungsmöglichkeiten stark eingeschränkt werden. Befristete Verträge sollen nur zulässig sein, wenn es einen sachlich gerechtfertigten Grund gibt, etwa Eigenbedarf von WohnungseigentümerInnen.

FAZIT

Der überdurchschnittliche Anstieg des allgemeinen Mietpreinsniveaus ist auf enorme Preissteigerungen im privaten Mietwohnungssegment zurückzuführen. Die Betriebskosten haben sich lediglich im Ausmaß der Inflation erhöht. Die überdurchschnittlichen Mietanstiege werden also vollständig durch höhere Hauptmietzinse verursacht, eine klare Begrenzung der Mieten ist daher als Gegenmaßnahme unerlässlich. Entlastend wirken könnte außerdem, die Grundsteuer und andere unechte Betriebskosten nicht mehr auf die MieterInnen zu überwälzen. 

LUKAS TOCKNER

ist Mitarbeiter der Abteilung KonsumentInnenschutz in der Arbeiterkammer Wien und beschäftigt sich mit Fragen der Wohnpolitik.

Literatur

Kunnert Andrea und Josef Baumgartner (2012), »Instrumente und Wirkungen der österreichischen Wohnpolitik«, WIFO-Studie im Auftrag der AK Wien, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. | **Rosifka, Walter und René Postler** (2010), »Die Praxis des Richtwertmietzinssystems«, Studie der AK Wien, Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte. | **Tockner, Lukas** (2012), »Mietensteigerungen in Österreich und Wien«, Studie der AK Wien, Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte.

Leistbares Wohnen – eine Frage sozialer Fairness

Der soziale Wohnbau in Wien mit seiner jahrzehntelangen Tradition und Modernität gilt weltweit als Vorbild. Angesichts schwieriger internationaler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen macht sich heute das kontinuierlich ausgebaut Segment des sozialen Wohnbaus in Wien für die Bevölkerung mehr denn je bezahlt, argumentiert Wiens Wohnbaustadtrat Michael Ludwig die Wohnpolitik der Wiener SozialdemokratInnen.

Nach dem sensationellen Erfolg der Sozialdemokraten bei der Gemeinderatswahl 1919 und dem 1920 erfolgten Beschluss in der neuen Bundesverfassung, Wien zu einem selbstständigen Bundesland mit eigener Stadtverfassung zu machen, war es erstmals möglich, eigenständig Steuern zu erheben. Der geniale Finanzstadtrat Hugo Breitner schuf 1923 mit der Einführung einer zweckgebundenen Wohnbausteuer die Finanzierungsquelle und damit auch die Grundlage für das ambitionierte kommunale Wohnbauprogramm des Roten Wien.

Der damalige kurzfristige Verfall der Grundstückspreise nützte der Gemeinde Wien zusätzlich, denn sie konnte dadurch große Grundstücksreserven erwerben. Bis 1934 wurden rund 60.000 Gemeindewohnungen geschaffen, ein Zehntel der Bevölkerung lebte bereits in Gemeindebauten, die weltweit wegen ihrer Fortschrittlichkeit und sozialen Orientierung Aufmerksamkeit erregten. Denn erstmals standen auch der Arbeiterschaft menschenwürdige Wohnungen zur Verfügung.

DIE GRUNDSÄTZE HEUTE WIE DAMALS

Vor 90 Jahren wurden die Grundlagen einer Kommunalpolitik geschaffen, die noch heute weltweit als vorbildlich und beispielgebend gilt. Die moderne Wiener Wohnbaupolitik baut in hohem Maße auf den Errungenschaften des Roten Wien auf. Obwohl im Laufe der Jahrzehnte viele neue Ansätze entwickelt und realisiert wurden, gelten die wesentlichsten Grundsätze des Roten Wien noch heute. Dazu zählen vor allem Aspekte der Leistbarkeit, der hohen Qualität, des sozialen Zusammenhalts sowie einer ausgewogenen sozialen Durchmischung.

Eine zentrale Säule des Wiener Wohnungsmarkts stellen heute die rund 2.000 städtischen Wohnhausanlagen dar, die ohne die sozialpolitische Überzeugung und Anstrengung des Roten Wien nicht möglich gewesen wären. Der Wiener Gemeindebau ist weltweit einzigartig – hinsichtlich seiner Entstehungsgeschichte, der architektonischen Vielfalt, aber vor allem auch seiner gesellschaftspolitischen und sozialen Bedeutung. Mit rund 220.000 Wohnungen und knapp einer halben Million Bewohnerinnen und Bewohnern ist die Stadt Wien die größte kommunale Hauseigentümerin der Welt. Was mit dem Bau des ersten Wiener Gemeindebaus begann, hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts zu einem wohnbaupolitischen Vorzeigemodell für ganz Europa entwickelt.

DER WOHNUNGSaufWAND 1934 UND 2013

2003 wurde der letzte Gemeindebau an seine Bewohnerinnen und Bewohner übergeben. Der Gemeinde Wien ist es seitdem – durch die Bindung an das EU-Recht und die damit verknüpften Vergabebestimmungen – nicht mehr möglich, günstiger als gemeinnützige und damit nicht gewinnorientierte Bauträger zu bauen. Im Gegenteil, mit den Mitteln, mit denen heute ein Gemeindebau errichtet werden würde, können durch einen gemeinnützigen Bauträger rund drei Mal so viele geförderte Wohnungen geschaffen werden wie Gemeindewohnungen.

In Fortführung des Modells des kommunalen Wohnbaus wurde daher der geförderte Wiener Wohnbau ins Leben gerufen. Rund 200.000 kostengünstige geförderte Wohnungen ergänzen heute das kommunale Angebot. Die folgenden Zahlen geben einen guten Eindruck darüber, welche enorme

Bedeutung das außerordentlich große Angebot an Gemeinde- und geförderten Wohnungen für die Wienerinnen und Wiener hat: 1934 gab ein Arbeiter durchschnittlich 30 bis 40 Prozent seines Lohns für die Wohnungskosten aus. Heute beträgt der durchschnittliche Wohnungsaufwand in Gemeindefwohnungen ca. 24 Prozent, in geförderten Wohnungen in etwa 27 Prozent und in privaten vermieteten Wohnungen ca. 43 Prozent des Einkommens.

GEFÖRDERTE NEUBAULEISTUNGEN INTERNATIONAL

Der geförderte Wiener Wohnbau ist nicht nur durch seine hohe Qualität, sozialen Ansprüche und preisgünstigen Mieten, sondern auch durch seine hohe Neubauleistung europaweit führend. In Wien werden jährlich durchschnittlich 5.000 bis 7.000 geförderte Wohnungen errichtet. Auch hier möchte ich mit einigen Zahlen aus vergleichbaren europäischen Metropolen die enormen Anstrengungen, die Wien im Bereich des Wohnens setzt, verdeutlichen: In Amsterdam wurden jährlich durchschnittlich 1.600, in Madrid 1.500 und in Brüssel, Berlin sowie in Turin nicht mehr als 100 geförderte Wohnungen jährlich errichtet.

PREISDÄMPFENDE WIRKUNG

Der Erfolg der sozialen, jahrzehntelang kontinuierlich fortgesetzten Wiener Wohnbaupolitik lässt sich heute allein schon an der Tatsache ablesen, dass rund 60 Prozent aller Wienerinnen und Wiener in einer geförderten oder Gemeindefwohnung leben, in denen die Entwicklung der Mieten streng reglementiert und analog zum Verbraucherpreisindex erfolgt. Die Wohnbauförderung übt darüber hinaus eine preisdämpfende Wirkung auf den privaten Wohnungsmarkt aus, in dem die Mieten zwar stärker auf Angebot und Nachfrage reagieren als im geförderten Bereich.

Die durchschnittlichen Mieten bei Neuvermietungen liegen in Wien aktuell bei 4,34 Euro netto pro Quadratmeter im Gemeindebau und bei 4,73 Euro im geförderten Wohn-

bau. Am privaten Wohnungsmarkt beträgt der durchschnittliche Netto-Mietzins all jener Wohnungen, die dem MRG-Richtwertsystem unterliegen 7,73 Euro (inkl. Lagezuschlag). Bei jenen Wohnungen, bei denen eine frei vereinbarte Miete möglich ist – das sind etwa 5 Prozent des gesamten Wiener Wohnungsmarkts – liegt der durchschnittliche Netto-Mietzins bei 8,78 Euro pro Quadratmeter.

Ein vergleichbares Beispiel wäre Hamburg mit 1,8 Mio. Einwohnern (Wien: 1,7 Mio.) und insgesamt ca. 107.000 geförderten Wohnungen (Wien: 200.000 Wohnungen) und rund 105.000 Sozialwohnungen (Wien: 220.000 Gemeindefwohnungen). Seit die SPD in Hamburg mit Olaf Scholz den Ersten Bürgermeister stellt, wird dem Bereich des Wohnens wieder mehr Aufmerksamkeit gewidmet. So hat Hamburg im Rahmen seines Wohnbauförderprogramms 2012 beschlossen, jährlich rund 2.000 neue geförderte Wohnungen zu errichten (Wien: jährlich 5.000–7.000). Dabei entstehen im Rahmen von zwei Förderwegen Wohnungen mit der Anfangsmiete netto-kalt um 5,90 Euro (Wien/Gemeindefbauten: 4,34 Euro) und Wohnungen mit der Anfangsmiete netto-kalt um 8 Euro pro Quadratmeter (Wien/geförderte Wohnungen: 4,73 Euro). Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt in Hamburg, weil jedes Jahr ca. 5.700 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Dem wird auch versucht, durch den Abschluss neuer Sozialbindungen, etwa im Rahmen von Sanierungen, entgegenzuwirken.

WIEN INVESTIERT BETRÄCHTLICHE MITTEL IN NEUBAU UND SANIERUNG

Wien investiert jährlich hunderte Millionen Euro, die über die Wohnbauförderung für die Errichtung geförderter Wohnungen und die Sanierung von Altbauten sowie für die Direktunterstützung von Mieterinnen und Mietern bereitgestellt werden. Neben dem entscheidenden Grundpfeiler in der Wiener Wohnbaupolitik, leistbaren und kostengünstigen Wohnraum zu schaffen, stehen heute mehr denn je die Bewohnerinnen und Bewohner und ihre individuellen Bedürfnisse im Zentrum des geförderten Wiener Wohnbaus. Die Stadt Wien ist

der wichtigste Impulsgeber und Motor zur Weiterentwicklung des modernen Wohnbaus.

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN

Wien hat den Forderungen, den Wohnbau zur Gänze dem freien Markt zu überlassen, nie nachgegeben. Wie richtig dieser Weg war und ist, zeigt sich heute gerade vor dem Hintergrund international schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen besonders deutlich. Die Wohnbauförderung – als wichtigstes Instrument für eine qualitätsvolle und leistbare Wohnversorgung der Bevölkerung – ist unverzichtbar, um Herausforderungen wie knapper werdenden Energie- und Flächenreserven und dem durch das Bevölkerungswachstum steigenden Wohnungsbedarf wirksam zu begegnen. Darüber hinaus rückt der Wunsch nach besonders kostengünstigen Wohnungen durch die in weiten Teilen der Bevölkerung stagnierenden Gehälter, aber auch durch Biographien, die verstärkt durch Umbrüche wie Jobwechsel und Scheidungen gekennzeichnet sind, verstärkt in den Fokus.

INNOVATIVE LÖSUNGEN

Innovative Lösungen für diese Herausforderungen liegen nicht nur in der städtebaulichen Entwicklung und der Planung und Architektur von Wohnbauvorhaben, sondern auch im sozialen Bereich und in neuen Wohnformen. Wien setzt dieses Potenzial im Sinne einer vorausschauenden Wohnbaupolitik um.

So kennzeichnen die Wiener Wohnbaupolitik der vergangenen Jahre eine ganze Reihe von entscheidenden Maßnahmen. Durch die Steigerung der Wohnbauleistung in den Jahren 2007 bis 2010, durch zusätzliche Finanzierungsmaßnahmen durch die Wohnbauanleihe und die Wiener Wohnbauinitiative 2011 und nicht zuletzt auch durch das 2012 ins Leben gerufene SMART-Wohnbauprogramm wird kostengünstiger, bedarfsgerechter Wohnraum für die Wienerinnen und Wiener auch für die kommenden Jahre gesichert. Durch die Einführung des Bewertungskriteriums »Soziale Nachhaltig-

keit« für geförderte Wohnprojekte im Jahr 2009 – das neben den bisherigen Kriterien »Architektur«, »Ökonomie« sowie »Ökologie« – zur Anwendung kommt, wird sozialen Aspekten verstärkt Rechnung getragen.

Sichtbaren Ausdruck finden alle diese Maßnahmen in innovativen Projekten, die Wiens internationale Vorreiterrolle im geförderten Wohnbau weiter stärken. Dazu zählen etwa die größte Passivhaussiedlung Europas, »Eurogate«, die Wiens weltweite Führungsposition im mehrgeschossigen Passivhausbau zusätzlich unterstreicht sowie die Entwicklung neuer Stadtteile, so z. B. auf dem Gebiet des ehemaligen Nordbahnhofs oder im Sonnwendviertel beim neuen Hauptbahnhof, durch die der Wiener Bevölkerung ein bedarfsgerechtes, sozial nachhaltiges und preisgünstiges Wohnungsangebot zur Verfügung gestellt wird.

Mit *aspern Seestadt*, einem der größten Stadtentwicklungsgebiete Europas, setzt die Stadt einen neuen Meilenstein im Bereich des ökologischen Wohnens. In der Seestadt, in der in der ersten Ausbauphase bis 2016 rund 3.000 kostengünstige Wohneinheiten entstehen werden, wird nicht nur den Anforderungen an eine Smart-City, sondern auch, beispielsweise im Rahmen von Baugruppen, dem Gedanken des gemeinschaftlichen Wohnens und solidarischen Zusammenhalts besonderes Augenmerk gewidmet.

SMART WOHNEN

Die Maxime der sozialen Wiener Wohnbaupolitik war es seit jeher, flexibel auf die Wohnbedürfnisse der Menschen einzugehen und einen Wohnungsneubau am Puls der Wohnwünsche der Bevölkerung zu verwirklichen. Dies ist nicht nur in der Vergangenheit hervorragend gelungen, sondern wird auch die Zukunft des Wohnens in Wien prägen. So ist das neue SMART-Wohnbauprogramm die Antwort auf den wachsenden Bedarf nach hochqualitativem, kompaktem und sehr preisgünstigem Wohnraum. Ein Drittel der Neubauleistung des geförderten Wiener Wohnbaus wird ab heuer im SMART-

Standard errichtet werden. SMART-Wohnungen bieten auf der Grundlage einer durchdachten, innovativen Planung und Architektur eine hohe Wohnqualität verbunden mit Mietpreisen, die nur knapp über jenen in Gemeindebauten liegen. So sind die Bruttomieten mit maximal 7,50 Euro und die Eigenmittel mit max. 60 Euro pro Quadratmeter begrenzt.

Darüber hinaus werden durch die Wiener Wohnbauinitiative – in Ergänzung zum geförderten Wohnbau Wiens – zusätzlich mehr als 6.200 kostengünstige Wohnungen geschaffen.

Die Zukunft des Wohnens in Wien steht somit – auch alle Baurägerwettbewerbe für geförderte Neubauten beinhalten künftig bereits verpflichtende Preisobergrenzen für die Nutzerinnen und Nutzer – ganz im Zeichen eines breiten und erschwinglichen Wohnungsangebots, das für vielfältige Zielgruppen maßgeschneiderte und hohe Qualitätsstandards bietet.

DER WEG IN DIE ZUKUNFT

Parallel zum geförderten Wohnbau werden beträchtliche Mittel in die Erneuerung der Wiener Gemeindebauten und in die Verbesserung des Services für die Mieterinnen und Mieter investiert. Darüber hinaus gelten die Leistungen, die die Stadt im Rahmen der »Sanfte Stadterneuerung« seit Jahrzehnten erbringt weltweit als Vorbild und wurden sogar mit dem höchsten Wohnbaupreis der Vereinten Nationen – »Scroll of Honour« – ausgezeichnet.

Der soziale und geförderte Wohnbau in Wien ist, aufbauend auf den Errungenschaften des Roten Wien, Instrument und Ergebnis einer jahrzehntelangen Politik des sozialen Ausgleichs und der sozialen Durchmischung in der Stadt.

Doch auch Wien ist von den internationalen wirtschaftlichen Entwicklungen, die eine Flucht ins »Betongold« ausgelöst haben, nicht unberührt geblieben. Außerhalb des sozialen und geförderten Wohnbaus ist es durch ein reformbedürftiges

Mietrechtsgesetz zu deutlichen, wenn auch weit geringeren Preissteigerungen als in anderen Metropolen gekommen. Eine Entwicklung, die der Bund dringend korrigieren muss. Das Mietrechtsgesetz muss wieder zu einem Schutzgesetz für die Mieterinnen und Mieter mit eindeutigen Regelungen werden. Es sollte Rechtssicherheit für Mieterinnen und Mieter bieten, transparent und fair gestaltet sein.

So umfasst das von mir geforderte Transparenzpaket eine Deckelung der ausufernden Zuschläge mit 25 Prozent, die weitgehende Eindämmung von befristeten Mietverträgen, die Forderung nach gleichen Mietpreisen für neue Hauptmieterinnen und -mieter geförderter Eigentumswohnungen sowie nach gleichen Rechten für Hauptmieterinnen und -mieter von Wohnungseigentümern.

Soziale Fairness hat unsere Stadt zu dem gemacht, was sie heute ist: zu einer der sichersten und lebenswertesten Metropolen der Welt. Der soziale und geförderte Wiener Wohnbau leistet einen entscheidenden Beitrag dazu. Diesen erfolgreichen Weg in Zukunft fortzusetzen ist und bleibt das oberste Ziel der sozialdemokratischen Wohnbaupolitik Wiens. 🍷

MICHAEL LUDWIG

ist Amtsführender Stadtrat für Wohnen,
Wohnbau und Stadterneuerung der Gemeinde Wien.

Deficit Spending und Wohnbaupolitik

Bernd Rießland stellt in seinem Beitrag Gedanken zur Rationalität der Wirtschaftsanalyse und –politik im Kontext der Wohnbaupolitik an: Der Autor ist überzeugt, dass die Kombination aus öffentlicher Wohnbaufinanzierung, gemeinnützigen Bauträgern und gesetzlichem Mieterschutz wesentliche positive Wirtschaftsimpulse für Österreich bewirkt habe und entwickelt Vorschläge, wie dieses Modell verstärkt werden könne.

Nach dem 2. Weltkrieg erlebten die USA und Europa einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung. Voraussetzung und Grundlage dafür war ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Die auf den Analysen von J.M. Keynes basierende nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik ermöglichte das europäische Wirtschaftswunder und war Grundpfeiler des »Goldenen Zeitalters« (Hobsbawm). Dieses ging in den 1970er Jahre allmählich zu Ende, die Instrumente der keynesianischen Nachfragesteuerung verloren an Wirkungs- und Strahlkraft und wurden – trotz deren erwiesenermaßen positiven wirtschaftlichen Effekte – schrittweise durch angebotsorientierte Politikkonzepte des *Washington Consensus* verdrängt bzw. ersetzt.

Freier Kapitalverkehr, Deregulierung der Märkte, Privatisierung, Abbau von Subventionen, Liberalisierung der Handelspolitik und Begrenzung des Haushaltsdefizits sind wesentliche Teile dieser neoliberalen Ideologie, die sich auch die Wettbewerbs«experten« der Europäischen Union als Fähnchen auf ihre Hüte geheftet haben. Sie hängen auch jetzt noch dem Dogma der effizienten Steuerung der Wirtschaft durch den freien Markt an, nachdem die »Marktsteuerung« beinahe den gesamten Finanzsektor in den Abgrund geführt hätte. Dass es dazu nicht gekommen ist, ist dem staatlichen Eingreifen und massiver öffentlicher Ausgabenprogramme zu verdanken.

Kaum waren die öffentlichen Gelder geflossen und dadurch die Budgets der Staaten aus dem Gleichgewicht geraten, startete der – scheinbar – gerettete Kapitalmarkt Spekulationswellen gegen die rettenden öffentlichen Hände und

forderte eine undifferenzierte Sparpolitik ein. Ein Schelm der da denkt, dass es bei diesen neoliberalen Entwicklungen nicht um effiziente Wirtschaftspolitik, sondern um Machtpolitik geht. Dies wird dadurch besonders deutlich, dass das Wohl der Menschen im *Washington Consensus* bzw. in der Wettbewerbspolitik der Europäischen Union keinen Platz hat, ja nicht einmal erwähnt wird. Welchem Zweck außer dem Wohl der Menschen sollte die Wirtschaft dienen?

Auch in Österreich sind mittlerweile die Folgen dieser Wirtschaftsdeologie zu spüren. Die Haushaltsmonatseinkommen des untersten Quartils mit ca. € 800 netto sind im letzten Jahrzehnt real um ca. 10% gesunken. Die Einkommen des Mittelstandes stagnieren, während demgegenüber einzig das oberste Quartil deutliche Einkommenszuwächse verzeichnet. Aufgabe einer das Wohl möglichst breiter Bevölkerungsschichten ins Blickfeld nehmenden Politik ist es, Investitionen in die Zukunft vorzunehmen, die Arbeitsplätze und Personeneinkommen schaffen und damit auch Impulse und Gewinne für den Unternehmenssektor generieren.

In Österreich kann dies unter besonders günstigen wirtschaftlichen und demographischen Bedingungen erfolgen. Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft sichert eine der höchsten Exportquoten aller Industriestaaten. Österreich ist wirtschaftlich und sozial einer der attraktivsten Standorte der Welt. Kombiniert mit der günstigen geographischen und klimatischen Situation, führte dies in den letzten 15 Jahren zu einer starken Zunahme der Bevölkerung. Da das Durchschnittsalter der Einwanderer niedriger und die Fertilität höher als im österreichischen Durchschnitt liegt, liefert

diese Zuwanderung das Potential, unseren Wohlstand langfristig zu erhalten. Vor diesem Hintergrund erscheint es erforderlich und zweckmäßig, wirtschaftliche Impulse mit Hilfe einer Ankurbelung des Wohnungsneubaus einzuleiten.

DAS ÖSTERREICHISCHE WOHNUNGSMARKTMODELL

Der österreichische Wohnungsmarkt gilt im internationalen Vergleich als Vorzeigemodell. Er unterscheidet sich aber grundsätzlich von marktgesteuerten Modellen wie jenes in Spanien oder den USA, die mit ihren stark eigentumsorientierten Wohnungsmärkten und liberalisierten Wohnbaufinanzierungssystemen nicht nur hausgemachte Immobilienkrisen zu bewältigen haben, sondern dadurch auch den internationalen Kapitalmarkt erheblich in Mitleidenschaft gezogen haben.

Die wesentlichen Kriterien des wohnungspolitischen Erfolgsmodell in Österreich sind

- eine weitgehende Abkopplung der Wohnbaufinanzierung von den internationalen Kapitalmärkten,
- die Sicherung eines ausreichenden Wohnungsangebotes zu leistbaren Preisen durch eine gezielte Angebotspolitik der öffentlichen Hand, um Immobilienspekulationen hintanzuhalten,
- die Existenz gemeinnütziger, unter öffentlicher Aufsicht stehender, Wohnungsunternehmen, die zu kostenbezogenen Preisen qualitativ hochwertige Mietwohnungen errichten und vermieten,
- Preisregelungen im Altbestand des Mietwohnungssektors, die gesetzlich begrenzte Ertragsmöglichkeiten eröffnen und die Erhaltung und Verbesserung der Objekte sichert,
- ein öffentlicher Wohnungsbestand, der insbesondere zur Sicherung der Wohnversorgung der Bezieher niedriger Einkommen herangezogen wird.

Diese Bedingungen, die zu einem ausgewogenen Wohnungsmarkt entscheidend beigetragen haben, widersprechen den heute propagierten Wett(bewerbs)regeln. Dem stehen

Wohnungsmärkte gegenüber, die zwar dem Wettbewerb huldigen, aber alles andere denn im Gleichgewicht sind, sondern von deren jüngsten krisenhaften Entwicklungen massive Kollateralschäden für Kapitalmärkte und Weltwirtschaft ausgehen.

Es stellt daher ein durchaus lohnenswertes Unterfangen dar, die Säulen des österreichischen Wohnungsmarktmodells als Best-Practice-Modell auch als Voraussetzung für erfolgreiche Wirtschaftspolitik den gescheiterten wettbewerbsorientierten Systemen gegenüberzustellen.

DAS WOHNBAUFINANZIERUNGSSYSTEM

Das österreichische Wohnbaufinanzierungssystem setzt sich aus fünf Finanzierungskomponenten zusammen:

- Eigenkapital der Haushalte, mit dem je nach finanzieller Leistungsfähigkeit 5% bis 25% der Investitionskosten abgedeckt werden (individueller Generationenausgleich – Risikoversicherungsvertrag).
- Eigenkapital der Wohnungsunternehmen, das 10% bis 15% der Investitionskosten ausmacht (gemeinschaftliches Wohneigenkapital).
- Wohnbauförderungsmittel im Ausmaß von 25% bis 50% der Investitionskosten (kollektiver Generationenausgleich Risikoversicherungsvertrag)
- Fremdkapital der Bausparkassen und Wohnbaubanken als Spezialbankensysteme für den Wohnbau
- Fremdkapital vom Kapitalmarkt

Durch diese Finanzierungsstruktur kommt es zu einer im internationalen Vergleich einzigartigen Zins- und Risikostruktur. Das Eigenkapital der Bewohner steht unverzinst als Kapital während der Wohnungsnutzung zur Verfügung. Zieht der Mieter aus der Wohnung aus, erhält er vom Wohnungsunternehmen das eingezahlte Kapital wieder zurück. Das Eigenkapital der Wohnungsunternehmen wird zu einem marktunabhängigen gesetzlich geregelten Zinssatz in Höhe von 3,5% auf Bestandsdauer der Wohnungen eingesetzt. Diese beiden Finanzierungskomponenten sind einerseits durch

die reale Benutzung und andererseits durch das Eigentum am Objekt abgesichert.

Die Wohnbauförderung als dritte Finanzierungskomponente wird – als Steuerleistung – durch die öffentliche Hand als Fremdkapital zur Verfügung gestellt und von den Wohnungsunternehmen über einen Zeitraum von ca. 30 Jahren zurückbezahlt. Die in etwa realwertgesicherten Rückflüsse werden dann wieder zur Finanzierung günstiger Wohnungen investiert.

Die vierte Finanzierungskomponente wird durch die regional tätigen Wohnbauspezialbanken (Bausparkassen, Wohnbaubanken) aufgebracht. Die Mittelaufbringung erfolgt durch die Sparleistung österreichischer Haushalte und Institutionen. Die Mittelverwendung erfolgt zweckgebunden im österreichischen Wohnbau. Dieser Teil der österreichischen Vermögensbildung ist hypothekarisch sichergestellt und stellt eine 100% gesicherte Veranlagung ohne spekulative Elemente dar. Allfällige Finanzierungslücken lassen sich überdies durch Pfandbriefdarlehen oder sonstige Kapitalmarktdarlehen schließen.

DIE GEMEINNÜTZIGEN WOHNUNGSUNTERNEHMEN

Neben dem weitgehend »autonomen« Wohnbaufinanzierungssystem besteht in Österreich auch ein leistungsstarker gemeinnütziger Unternehmenssektor. Die Errichtung von Mehrgeschoßwohnungen wurde in den letzten Jahrzehnten überwiegend durch die gemeinnützigen Wohnbauträger gesichert. Die Gemeinnützigen verfügen aktuell über einen Verwaltungsbestand von rd. 840.000 Miet- und Eigentumswohnungen, das entspricht einem Viertel des gesamten Wohnungsbestands in Österreich.

Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft fußt auf folgenden Prinzipien:

- das Kostendeckungsprinzip, das einen auf Nutzungsdauer der Wohnung weit unter Marktniveau liegenden Mietzins

sicherstellt.

- die Vermögensbindung, durch die der Cash flow der Unternehmen als Eigenkapital in den Wohnungsneubau wieder investiert wird.
- der hierdurch entstehende Finanzierungskreislauf ermöglicht die Bildung von »Wohnbaukapital«.
- das engmaschige Netz aus öffentlicher Aufsicht und Kontrolle, das grundsätzliche Wohnungsunternehmen gewährleistet.

Damit steht ein Instrument zur Verfügung, dessen sich die öffentliche Hand bedienen kann, um mit geringstmöglichem Einsatz öffentlicher Mittel die Wohnbautätigkeit der Nachfrage anpassen zu können. Zusammen mit dem Wohnbaufinanzierungssystem können dadurch Versorgungsengpässe, die unmittelbar zu steigenden Preisen im frei finanzierten Wohnbau führen würden, vermieden werden. Flankiert wird diese preisregulierende Angebotspolitik durch Preisobergrenzen im privaten und öffentlichen Mietwohnungsaltbestand.

MAKROÖKONOMISCHER NUTZEN

Als Gegengewicht zur starken Exportabhängigkeit der österreichischen Wirtschaft könnte die in den nächsten Jahren erforderliche Neubauleistung in den Städten von jährlich 22.000 bis 25.000 Mietwohnungen eine starke inländische Nachfrage generieren. Die dadurch geschaffenen zusätzlichen Arbeitsplätze tragen zum steigenden Wohlstand bei. Voraussetzung dafür ist, die Finanzierung dieser Investitionen zu sichern.

Dabei ist zu beachten, dass das Bevölkerungswachstum und die Errichtung von Wohnungen einen zusätzlichen Bedarf an sozialer (Kindergärten, Schulen, usw.) und technischer (Straßen, Ver- und Entsorgung, öffentlichen Verkehr, usw.) Infrastruktur auslöst. Ziel muss sein, nicht nur die erforderlichen Mittel für leistbare Mietwohnungen, sondern auch für die Infrastruktur aufzubringen. Dafür braucht es eine Stärkung der Selbstfinanzierungskraft des spezifischen Wohnbausystems durch zusätzliche Investitionen in Wohnbau und Infrastruktur.

KAPITALMARKTKRISE UND WOHNBAUFINANZIERUNG

Die Kapitalmarktkrise wirkte sich insbesondere für die Langfristfinanzierung besonders negativ aus. Es wurden die erforderlichen Eigenkapitalquoten für Banken erhöht und die Möglichkeiten der Fristentransformation eingeschränkt. Dies hat auch den Kapitalmarktteil des österreichischen Wohnungsfinanzierungssystems getroffen.

Um einen Wirtschaftsimpuls über die dringend erforderliche Wohnbauleistung sicherzustellen ergeben sich aus diesen Entwicklungen folgende neue Rahmenbedingungen:

- Das Volumen an verfügbarer Langfristfinanzierung für den Wohnbau ist deutlich eingeschränkt.
- Der Zinsabstand zwischen Wohnbaufinanzierungen für den privaten Sektor gegenüber sicheren Staatsanleihen (z.B.: Deutschland, Österreich) hat sich um 1 % bis 2 % erhöht.
- Die Kosten für sichere Staatsanleihen sind auf einen historischen Tiefstand gesunken und liegen bei Anleihen mit 10-jähriger Laufzeit aktuell bei 1,5 % bis 2 % und Anleihen mit 30-jähriger Laufzeit bei 2,5 % bis 3 %.
- Die Staaten – auch jene mit bester Bonität – stehen hinsichtlich ihrer Verschuldungsentwicklung unter Beobachtung der »Märkte«.

DEFICIT SPENDING MIT GARANTIERTEM RÜCKFLUSS

Durch das dramatisch gesunkene Zinsniveau für sichere Veranlagungen liegt heute der Wohnbaufixzinssatz bei einer Bindungsdauer zwischen 10 und 20 Jahren bei 3,5 % bis 4,2 %. Diese Mittel sind aber nicht in ausreichender Menge verfügbar. Es bietet sich daher an, die Lücke durch Wohnbaufinanzierungsmittel zu ersetzen, die aktuell in Österreich durch die öffentliche Hand mit Zinssätzen auf Staatsanleihen zwischen 2 % und 2,5 % gefüllt werden könnte. Dadurch ließe sich einerseits das aufgrund der Kapitalmarkturbulenzen fehlende Finanzierungsvolumen »auf die Beine stellen«, andererseits

damit auch die zusätzlich erforderliche urbane Infrastruktur ohne weitere Verschuldung finanzieren. Mit den öffentlichen Finanzierungsmitteln, die für den Wohnbau zusätzlich aufgenommen werden, lässt sich an Hand des österreichischen Wohnbaufinanzierungssystems und der überschießenden Nachfrage plausibel zeigen, dass es sich bei den vergebenen öffentlichen Wohnbaufinanzierungsmitteln um Investitionsmittel handelt, die ausfallsicher sind und daher zu keiner Belastung der öffentlichen Haushalte führen. 

BERND RIESSLAND

ist Kaufmännischer Direktor der Sozialbau – gemeinnützige Wohnungsaktiengesellschaft.



DAPHNE GUINNESS, NEW YORK 2011 © BRYAN ADAMS

BRIAN
ADAMS –
EXPOSED



Eurokrise und kein Ende – Spanien im freien Fall

Günther Grunert setzt sich in seiner ausführlichen Abhandlung mit der Situation der viertgrößten Volkswirtschaft der Eurozone auseinander: Im vorliegenden Beitrag wird die katastrophale wirtschaftliche und soziale Lage Spaniens und ihre Ursachen dargestellt und die Folgen der europäischen Austeritätspolitik kritisch analysiert. In einem zweiten Beitrag, der in ZUKUNFT 04/2013 erscheinen wird, zeigt der Autor mögliche Auswege aus der Krise und Perspektiven für eine Stabilisierung des Euro-Raums auf.

Noch immer dominiert hierzulande die Sicht, dass die Eurokrise einer fehlenden Haushaltsdisziplin der Mitgliedsländer zuzuschreiben ist. Hauptverantwortlich seien die unsoliden, ausgabefreudigen Staaten in den jetzigen Euro-Krisenländern, die mit ihrer steigenden Schuldenlast die Finanzmärkte immer mehr verunsichert hätten, bis diese schließlich das Vertrauen in die Solvenz dieser Staaten vollständig verloren.

Im Zentrum des folgenden Beitrags steht die prekäre ökonomische Lage in einem der Krisenländer, nämlich in Spanien, der viertgrößten Volkswirtschaft der Eurozone. Denn obgleich immer noch Griechenland den Schwerpunkt der hiesigen Berichterstattung bildet, geht die vermutlich stärkere Bedrohung für den Erhalt des Euroraums von Spanien aus, allein wegen der Größe des Landes, dessen Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2011 dasjenige Griechenlands um mehr als das Fünffache übersteigt.

Im Abschnitt 1 wird gezeigt, dass die staatlichen Budgetdefizite und der rasche Anstieg der Schuldenstandsquote in Spanien eindeutig die Folge, nicht aber die Ursache der Krise sind. Die tatsächliche Ursache der Krise Spaniens und der gesamten Eurozone liegt in den Unterschieden in der relativen Wettbewerbsfähigkeit der Euroländer, die sich seit Beginn der Währungsunion herausgebildet haben und die – mangels der Möglichkeit, die Währungen anzupassen – zu immensen Leistungsbilanzungleichgewichten im Euroraum führten. Dabei verzeichnet Spanien seit vielen Jahren permanente und teilweise sehr hohe Leistungsbilanzdefizite, die mit einer zuneh-

menden Auslandsverschuldung des Landes einhergehen. Die mit dieser Entwicklung verbundenen Probleme wurden über eine lange Zeit durch eine Immobilienblase verdeckt, die für Wachstum und Arbeitsplätze sorgte (und für den Aufbau riesiger Überkapazitäten), bis mit ihrem Platzen die Wirtschaft einbrach. Die Auswirkungen dieser schweren Rezession auf den spanischen Arbeitsmarkt werden im dritten Abschnitt untersucht. In Abschnitt 3 soll begründet werden, warum die Austeritätspolitik, die Spanien verordnet wurde, dem Land nicht aus seiner Bilanzrezession heraushelfen kann.

In ZUKUNFT 04/2013 argumentiere ich, warum das Land ganz im Gegenteil in der gegenwärtigen Situation auf eine Verringerung der Staatsdefizite verzichten muss. Ich werde der Frage nachgehen, ob das im September 2012 vom EZB-Rat beschlossene Anleihekaufprogramm dazu geeignet ist, die Krise Spaniens (und anderer Euroländer) zu entschärfen. Dazu ist es notwendig, etwas ausführlicher auf die Wirkungsweise des EZB-Anleiheprogramms einzugehen und zu prüfen, ob die in diesem Zusammenhang häufig geäußerten Inflationsbefürchtungen berechtigt sind. Abschließend werde ich mich im nächsten Heft mit der Frage befassen, ob und wie die Krise Spaniens und des Euroraums gelöst werden könnte.¹

1. LEISTUNGSBILANZDEFIZITE UND IMMOBILIENBOOM IN SPANIEN

In allen Mitgliedsländern des Euroraums nahmen infolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 die öffentlichen Schulden deutlich zu. Staatliche Unterstützungsmaßnahmen für das Finanz- und Bankensystem, konjunk-

1. Die Abschnitte 1, 3 und 4 basieren auf einem Artikel, den ich Anfang 2012 für die Gewerkschafts-Zeitschrift »Paukos« verfasst habe. Für wertvolle Anregungen dazu möchte ich mich sehr herzlich bei Friederike Spiecker bedanken.

turstabilisierende Maßnahmen und Einnahmeausfälle durch geringeres Steueraufkommen ließen die Budgetdefizite vor allem in Irland und den Ländern Südeuropas anwachsen und die öffentlichen Schulden steigen. Auch Spanien konnte sich dieser Entwicklung nicht entziehen, obwohl es zuvor geradezu mustergültig im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts gewirtschaftet hatte: Vom Beginn der Währungsunion bis zum Jahr 2007, dem letzten Jahr vor der Rezession, hatte Spanien (ebenso wie Irland und anders als Deutschland) nie die Vorgaben des Stabilitätspakts verletzt; in keinem Jahr wurde die Obergrenze für das Haushaltsdefizit von 3 Prozent des BIP überschritten und von 2005 bis zur Krise ergaben sich sogar Haushaltsüberschüsse.

Gleichzeitig lag die Staatsschuldenquote Spaniens mit 36 Prozent im Jahr 2007 klar unter dem Maastricht-Kriterium von 60 Prozent des BIP (Horn et al. 2011, S. 3) und merklich unter dem Durchschnitt des Euroraums (66 Prozent). Es kann mithin keine Rede davon sein, dass die Krise Spaniens durch eine unverantwortliche Steigerung der Staatsausgaben ausgelöst wurde.

Die tatsächlichen Ursachen der Probleme Spaniens wie auch der anderen Krisenländer liegen vielmehr – wie an anderer Stelle ausführlich erläutert (Grunert 2011a und 2011b) – in dem Auseinanderlaufen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum, das sich in differierenden Zuwächsen der Lohnstückkosten und als Folge in Leistungsbilanzungleichgewichten zwischen den EWU-Staaten widerspiegelt.

Während vor allem Deutschland mit Hilfe einer ausgeprägten Lohnzurückhaltung das für alle EWU-Länder geltende 2-Prozent-Inflationsziel der Europäischen Zentralbank kontinuierlich unterschritten hat, sind Spanien und die anderen südeuropäischen Länder permanent in die andere Richtung, nämlich nach oben, abgewichen (wobei Deutschland insgesamt noch stärker von der 2-Prozent-Zielmarke abgewichen ist als die Südländer). Deutschland konkurrierte mit seinem

Lohndumping die anderen Euroländer nieder und erzielte hohe Leistungsbilanzüberschüsse, während die südlichen Euroländer entsprechende Defizite aufwiesen. Dieses Problem der divergierenden Entwicklung der Leistungsbilanzsalden wurde von der Politik nie systematisch angegangen, obwohl die beschriebene außenwirtschaftliche Konstellation, die zu einer immensen Auslandsverschuldung Spaniens und der anderen Krisenländer bei den Leistungsbilanzüberschussländern führte, langfristig nicht haltbar sein konnte.

Trotz steigender Leistungsbilanzdefizite erzielte Spanien bis zum Jahr 2007 noch verhältnismäßig hohe Wachstumsraten, die aber primär auf einer Immobilienblase basierten. Das heißt, es gelang dem Land relativ lange, seine Probleme mit einer äußerst dynamischen Baukonjunktur zu überdecken, die durch niedrige Realzinsen stimuliert wurde.

In einer Währungsunion, in der die Zentralbank nur einen gemeinsamen nominalen Zinssatz für alle beteiligten Länder festlegen kann, ist der reale Zinssatz (nominaler Zinssatz minus Inflationsrate) in jedem Mitgliedsstaat umso niedriger, je höher dort die Inflationsrate ist. Die aus den Lohnabschlüssen in Spanien resultierende Lohnstückkosten- und damit Preisentwicklung, die über dem Durchschnitt der Eurozone lag, ging folglich mit relativ niedrigen Realzinsen einher, was die Nachfrage nach Krediten, insbesondere Immobilienkrediten, stark ansteigen ließ. Umgekehrt veranlasste die günstige nominale Lohnentwicklung die Banken zu einer großzügigen Kreditvergabe insbesondere an die privaten Haushalte.

Bei einer im Zuge der Finanzmarktliberalisierung gewachsenen Risikobereitschaft bzw. Verantwortungslosigkeit der Banken und einer laxen nationalen Bankenaufsicht entwickelte sich in Spanien eine Immobilienblase, die mit einer hohen privaten Verschuldung verbunden war. Verstärkt wurde die spekulative Blasenbildung noch durch massive Finanzströme – gerade auch aus Deutschland – nach Spanien, d. h. durch eine grenzüberschreitende Kreditvergabe (»cross-

2. Gemeint sind hier reine Finanztransaktionen, die keinen Einfluss auf die Höhe der Netto-Auslandsposition eines Landes – hier Deutschlands – haben (anders als Leistungstransaktionen, also etwa Leistungsbilanzüberschüsse oder –defizite eines Landes, die zu einer Veränderung der Netto-Auslandsposition der Gesamtheit der Inländer führen). Ein einfaches Beispiel ist eine deutsche Bank, die einem Einwohner Spaniens ein Hypothekendarlehen gewährt. Obwohl auch bei ihnen (neue) Gläubiger- und Schuldnerbeziehungen entstehen, lösen reine Finanztransaktionen als solche im Euroraum noch keine Krisen aus. Sie werden aber dann zum Problem, wenn sie bestehende Fehlentwicklungen (wie die Blasenbildung in Spanien) fördern und verstärken.

border lending«), die durch die hohen Renditeerwartungen bei Immobilien (und auch im Finanzsektor) ausgelöst wurde.² Vereinfacht formuliert: Deutsche Banken heizten den Immobilienboom in Spanien mit an. Welches Ausmaß dieser Boom annahm, zeigt sich daran, dass in Spanien in den Jahren vor dem Platzen der Blase 800 000 Wohneinheiten pro Jahr gebaut wurden – mehr als in den drei Ländern Deutschland, Frankreich und Italien zusammengenommen (Bergheim 2007, S. 10). Zum Vergleich: Die drei genannten Länder erzielten in dieser Zeit gemeinsam ein Bruttoinlandsprodukt, das rund 6-mal so hoch wie das in Spanien war, bei einer Bevölkerungszahl, die diejenige Spaniens um fast das 5-fache übertraf. Die Preise für Wohnimmobilien stiegen in Spanien im Zeitraum 1997 bis 2005 um jährlich durchschnittlich 12 Prozent (EZB 2008, S. 47).

Der ökonomische Mainstream schätzte die Entwicklung in Spanien komplett falsch ein. So wies zwar die OECD im Jahr 2005 auf einige Schwachstellen (zu geringe Produktivitätszuwächse; eine zwar stark rückläufige, aber immer noch zu hohe Arbeitslosigkeit etc.) hin, war aber insgesamt voll des Lobes für Spanien: »Fiscal consolidation, the fall in interest rates due to the introduction of the single currency, structural reforms pursued since the mid-1990s and a surge in immigration have created a virtuous circle of rapidly rising activity sustained by strong job creation« (OECD 2005). Noch begeisterter zeigte sich Stefan Bergheim (Deutsche Bank Research).

Da es nach der sog. »Hypothese effizienter Märkte« (»efficient market hypothesis«) keine Blasen geben kann, weil Märkte immer alle Informationen widerspiegeln und stets richtig bewerten, waren in dieser Logik der Immobilienboom und die hohen Leistungsbilanzdefizite Spaniens unproblematisch und »eher Merkmale vergangener und gegenwärtiger Stärke als Gründe für eine künftige Schwäche« (Bergheim 2007, S. 10). Die spanische Volkswirtschaft habe »eine der beeindruckendsten Erfolgsgeschichten der reichen Länder« geschrieben, »Spaniens Erfolge sind nachhaltig« (Bergheim 2007,

S. 2). Wie nicht anders zu erwarten, war nach Bergheim einer der »Erfolgsfaktoren« die Liberalisierung des Arbeitsmarktes (Lockerung des Kündigungsschutzes, verschärfte Kriterien für den Erhalt von Arbeitslosenunterstützung etc.), die zum deutlichen Rückgang der Arbeitslosenquote geführt habe.

Die Realität sah anders aus: Als die Immobilienblase in den Jahren 2007/2008 platzte, brach die inländische Nachfrage in Spanien ein. Jetzt wurde auch das Problem der Leistungsbilanzdefizite sichtbar, die Nachfrage und Produktion zusätzlich verringerten. Spanische Banken und Bausparkassen waren mit der hohen Zahl an vergebenen Krediten für den Wohnungsbau extreme Risiken eingegangen, auf denen sie nach dem Platzen der Blase sitzenblieben.

Bei gesunkenen Hauspreisen und einer Arbeitslosigkeit von inzwischen 26,2 Prozent wächst die Zahl der Spanier, die ihre Kredite nicht mehr bedienen, d. h. insbesondere die während der Immobilienblase erworbenen Häuser und Wohnungen nicht abbezahlen können. Fast 400 000 Familien haben seit Beginn der Krise ihr Haus, ihre Wohnung oder ihr Geschäft verloren (Faz.net, 8.11.2012). Nach Angaben der spanischen Zentralbank nahmen die notleidenden Kredite der Banken in den letzten Jahren stetig zu, auf zuletzt (August 2012) 178,6 Mrd. Euro. Dies entspricht 10,5 Prozent des Gesamtkreditvolumens und ist damit ein neues Rekordhoch.

Die ohnehin schon gravierenden Schwierigkeiten der spanischen Banken wurden durch Kapitalflucht noch verschärft: Privatkunden und Unternehmen reduzierten über Monate ihre Guthaben bei den spanischen Geldhäusern und brachten ihre Ersparnisse über die Grenzen in Sicherheit, wobei ein Großteil auf den Konten deutscher Banken landete. Zwar erhöhten sie im September 2012 erstmals seit März 2012 ihre Einlagen bei spanischen Banken wieder um 17,7 Mrd. Euro, in den fünf Monaten zuvor hatten Haushalte und Firmen aber eine Summe von insgesamt 146 Mrd. Euro abgezogen (Financial Times Deutschland, 26.10.2012). Diese Umschichtung

3. Ermöglicht wird dies durch TARGET2, das elektronische Zahlungssystem des Eurosystems, über das Kreditinstitute grenzüberschreitende Geldgeschäfte durchführen. Alle privaten Geldüberweisungen zwischen den Euroländern schlagen sich dabei in den Notenbank-Bilanzen nieder. Überweist ein Spanier Geld nach Deutschland, so verzeichnet die spanische Zentralbank anschließend eine Verbindlichkeit gegenüber der Europäischen Zentralbank und umgekehrt die Bundesbank in gleicher Höhe eine Forderung gegen die EZB. (Die hinter TARGET2 stehende Bilanzmechanik ist einfach zu verstehen: Wenn das Zentralbankguthaben einer Geschäftsbank, das eine Verbindlichkeit einer bestimmten nationalen Zentralbank A darstellt, mittels TARGET2 in ein Zentralbankguthaben einer anderen Geschäftsbank bei einer anderen nationalen Zentralbank B umgewandelt wird, verrin-

von Geld (vor allem auch nach Deutschland) ist zum einen vergleichsweise einfach, da Euro-Bankeinlagen frei und ohne große Kosten beliebig von einer Bank zu einer anderen innerhalb der EWU verlagert werden können³, und zum anderen eine risikoarme Strategie: Wenn Deutschland in der EWU bleibt, befindet sich das Geld auf den sichersten Euro-Einlagenkonten, die derzeit verfügbar sind; verlässt Deutschland die EWU, profitieren die Anleger von einer aufwertenden DM (vgl. auch Papadimitriou/Wray 2012). Für die spanischen Banken aber, die wie die Banken der anderen Krisenländer einen erschwerten Zugang zum Geldmarkt haben, bedeuten die Kapitalflüsse nach Deutschland (und in andere als sicher geltende Euroländer), dass sie mehr Kredite von der Europäischen Zentralbank benötigen, um nicht zahlungsunfähig zu werden.

Europas Staats- und Regierungschefs haben auf ihrem Gipfel Ende Juni 2012 bis zu 100 Mrd. Euro an Krediten bereitgestellt, die dazu verwendet werden sollen, kriselnde spanische Banken zu rekapitalisieren. Erstmals nahmen die Euroländer nicht ein ganzes Land unter den Rettungsschirm, sondern nur die angeschlagenen Banken eines Staates. Jedoch handelt es sich nicht um eine direkte Rekapitalisierung durch den ESM, wie es die spanische Regierung ursprünglich gefordert hatte, um einen Anstieg der Staatsschuldenquote zu vermeiden. Vielmehr überweist der ESM das Geld an den staatlichen spanischen Bankenrettungsfonds FROB. Die von Spanien gewünschte Erweiterung der Aufgaben des ESM (direkte finanzielle Unterstützung systemrelevanter Banken) wird erst dann möglich, wenn die neue Bankenaufsicht für den Euroraum mit ihrer Arbeit begonnen hat, also frühestens im März 2014. Vorher dürfen Banken nur in Ausnahmefällen durch den Euro-Rettungsfonds ESM rekapitalisiert werden.

2. NEUE REKORDE BEI DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Die Rezession in Spanien, die sich nach der geplatzten Blase am Häusermarkt entwickelte, hat verheerende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Erschreckend ist dabei nicht nur die

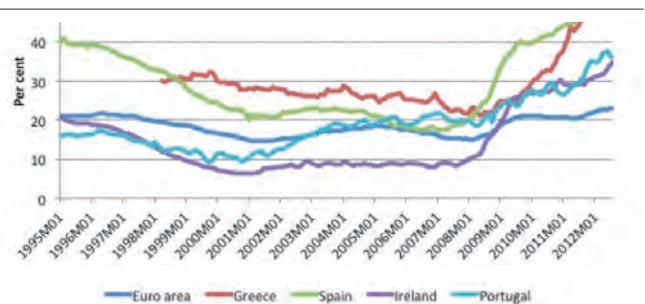
gern sich bei Zentralbank A die Einlagen auf der Passivseite, während sie bei Zentralbank B ansteigen. Damit sich das Eigenkapital der beiden nationalen Zentralbanken nicht verändert, werden Ausgleichsbuchungen vorgenommen, d. h. es wird bei Zentralbank A eine TARGET2-Verbindlichkeit auf der Passivseite und bei Zentralbank B eine TARGET2-Forderung auf der Aktivseite verbucht.)

Seit der Krise 2008 haben sich in den TARGET2-Bilanzen der Notenbanken gravierende Ungleichgewichte herausgebildet, wobei die TARGET-Salden zu einem erheblichen Teil die Kapitalflucht aus Spanien und aus den anderen Euro-Krisenländern widerspiegeln. Vgl. auch Flassbeck/Spiecker 2012, S. 20f; Horn et al. 2012, S. 16.

allgemeine Arbeitslosenquote von zuletzt über 26 Prozent, sondern vor allem das Ausmaß der Erwerbslosigkeit in der jüngeren Generation.

Wie aus Abbildung 1 ersichtlich, ist die Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenländern Spanien, Griechenland, Portugal und Irland nach 2008 wesentlich stärker gestiegen als im Euroraum insgesamt, wobei Spanien zusammen mit Griechenland die deutlichste Zunahme verzeichnet. Die aktuellen Daten von Eurostat zeichnen ein dramatisches Bild: Danach waren im Oktober 2012 in der Eurozone 23,9 Prozent der unter 25-jährigen ohne Job, in Spanien lag die Jugendarbeitslosenquote bei 55,9 Prozent, in Griechenland gar bei 57 Prozent im August 2012 (Eurostat 2012).

Abbildung 1:
Jugendarbeitslosigkeit in der Eurozone



Quelle: Mitchell 2012

Eine Jugendarbeitslosigkeit von mehr als 50 Prozent hat verheerende Langzeitfolgen: Wird über die Hälfte der arbeitswilligen und -fähigen Jugend vom Erwerb von Qualifikationen, Fertigkeiten, Erfahrungen und Arbeitseinstellungen ausgeschlossen, so wächst eine Generation heran, von der sich ein Großteil zwischen instabilen, geringbezahlten Arbeitsverhältnissen und langen Phasen der Arbeitslosigkeit hin- und herbewegen oder aber die Flucht ins Ausland antreten wird. Die ersten sechs Monate des Jahres 2012, in denen die Zahl der 20- bis 29-Jährigen in Spanien gegenüber dem Vorjahr bereits um 4,3 Prozent gesunken ist (Financial Times Deutschland,

22.10.2012), bieten hier einen Vorgeschmack. Man kann sich kaum ein besseres Rezept vorstellen, die Zukunft eines ganzen Landes systematisch zu ruinieren.

Die Reaktion weiter Teile der Politik hierzulande auf die dramatische Zuspitzung der Lage lässt sich nur noch als grotesk bezeichnen: So haben etwa die gleichen Politiker, die ansonsten lautstark vor den negativen Konsequenzen der Überalterung der westlichen Gesellschaften warnen (die darin bestünden, dass immer weniger Arbeitende immer mehr Rentner versorgen müssten), offenbar kein Problem damit, Länder wie Spanien oder Griechenland zu einem Austeritätskurs zu drängen, der im Ergebnis mehr als der Hälfte der Jungen, die später für die Alten aufkommen müssen, eine adäquate Ausbildung und berufliche Entwicklung verwehrt.

Die Gründe für die hohe Erwerbslosigkeit gerade junger Menschen in Spanien sind sicherlich vielfältig. Beispielsweise stehen viele Jugendliche, die in der Boomphase geringqualifizierte, aber vergleichsweise gutbezahlte Jobs in der Bauwirtschaft angenommen hatten, nach dem Platzen der Immobilienblase ohne Stelle und ohne Ausbildung auf der Straße. Generell lässt sich eine starke Konzentration jüngerer Beschäftigter in Sektoren und Berufen feststellen, die besonders hart von der Krise betroffen sind und/oder die nur mittlere bis niedrige Qualifikationsanforderungen aufweisen.

Hinzu kommt, dass sich junge Menschen in Spanien häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden. Weit verbreitet ist vor allem die befristete Einstellung: So gingen im Jahr 2008 von der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen 59 Prozent einer vorübergehenden Beschäftigung nach, bei den 25- bis 29-Jährigen betrug der entsprechende Anteil 41,8 Prozent. Gerade diese befristeten Jobs wurden aber (speziell zu Beginn der Krise) in großem Umfang abgebaut (Sánchez 2012, S. 6f).

Eine Wende zum Besseren ist hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit nicht in Sicht, allein deshalb nicht, weil in Spa-

nien seit dem Zusammenbruch des Immobilienmarktes weder im Privatsektor noch in der öffentlichen Verwaltung in nennenswertem Umfang neue Arbeitsplätze entstanden sind, schon gar nicht für Neulinge ohne Berufserfahrung.

3. WESHALB DIE AUSTRITÄTSPOLITIK IN DIE SACKASSE FÜHRT

Sucht man nach Lösungsmöglichkeiten der Spanien- und Eurokrise, so ist eine Untersuchung der Ursachen unerlässlich, denn ohne eine stimmige Diagnose kann es keine erfolgreiche Therapie geben. Tatsächlich handelt es sich bei den wirtschaftlichen Problemen Spaniens, deren letzter Grund in den permanenten Leistungsbilanzdefiziten des Landes liegt, nicht um eine »gewöhnliche« Rezession, sondern um eine besondere Form der Wirtschaftskrise, die der japanische Ökonom Richard C. Koo als »Bilanzrezession« (»balance sheet recession«) bezeichnet (Koo 2011, 2003). Im Kern beschreibt der Begriff eine Rezession, die – wie in Spanien, aber auch in Irland oder Portugal – nach dem Platzen einer großen Spekulationsblase (hier: einer Immobilienblase) eintritt, wonach der Privatsektor mehrere Jahre lang seine Schulden abzubauen versucht.

Nach Richard Koo entwickelt sich eine Bilanzrezession in folgender Weise: Der Privatsektor baut massiv Schulden auf, indem er mit geliehenen Mitteln Immobilien und/oder andere spekulative Vermögenswerte wie z.B. Rohstoffzertifikate kauft. Mit wachsender Nachfrage steigen die Preise der Vermögenswerte, bis schließlich die Preisblase platzt und der Privatsektor bei sinkendem Vermögen auf einem Berg von Schulden sitzen bleibt (die Vermögenspreise brechen ein, während die Verbindlichkeiten sich nicht verändern).

Als Folge beginnen private Haushalte und Unternehmen (einschließlich Banken), ihre Bilanzen zu sanieren, indem sie alle Anstrengungen darauf richten, ihre Ersparnis zu erhöhen oder Schulden zurückzuzahlen. Die Geldpolitik verliert ihre Wirkung, da viele private Wirtschaftsakteure nicht mehr be-

reit sind, ihre Kreditaufnahme auszuweiten, wie tief auch immer die Zinssätze fallen. Umgekehrt sind zahlreiche Banken nicht daran interessiert, Kredite an Akteure mit Bilanzproblemen zu vergeben, schon gar nicht, wenn sie als Kreditgeber selbst von »Bilanzschäden« betroffen sind.

Damit aber verringert sich die aggregierte Nachfrage und die Volkswirtschaft stürzt in eine Rezession, eben eine Bilanzrezession. Denn wenn – auch bei Niedrigstzinsen – kaum noch jemand Geld leihen und ausgeben will, verliert die Wirtschaft fortlaufend Nachfrage in Höhe der Ersparnisse und der Nettoschuldenrückzahlungen.

Koo verdeutlicht den Prozess an einem Beispiel: Er geht von einer vereinfachten Volkswirtschaft aus, in der ein Haushalt ein Einkommen von \$ 1000 erzielt und eine Sparquote von 10 Prozent aufweist, also \$ 900 ausgibt und \$ 100 spart. In der üblichen Lehrbuchwelt werden die gesparten \$ 100 vom Finanzsektor aufgenommen und an einen Kreditnehmer verliehen. Wenn letzterer die \$ 100 ausgibt, betragen die Gesamtausgaben \$ 1000 (\$ 900 plus \$ 100) bei einem ursprünglich erwirtschafteten Einkommen von \$ 1000 und die Rechnung geht auf. Wenn sich nun aber der Privatsektor entschuldet, gibt es keine Kreditnehmer für die gesparten \$ 100, selbst bei einem Zinssatz von null.

Die Ausgaben verringern sich mithin auf nur \$ 900 und da die Ausgaben des einen die Einnahmen des anderen sind, erzielt dieser andere ein Einkommen von \$ 900. Spart er davon gleichfalls 10 Prozent, werden nur \$ 810 ausgegeben. Die gesparten \$ 90 werden wiederum von niemandem geliehen und die Wirtschaft schrumpft auf \$ 810, danach auf \$ 730 usw. (Koo 2011, S. 22). Dieses simple Beispiel verdeutlicht, wie ein Land in eine Depression abgleitet, wenn der Privatsektor über einen langen Zeitraum versucht, seine Schulden abzubauen.

Richard Koo's These lässt sich auch auf andere Weise darstellen und erweitern, nämlich anhand einiger einfacher

Überlegungen zur volkswirtschaftlichen Saldenmechanik (dazu auch Grunert 2011b). Von der Ausgabenseite betrachtet, setzt sich das Bruttoinlandsprodukt (Y) eines Landes wie folgt zusammen: $Y = C + I + G + (X - M)$, wobei C den privaten Konsum, I die privaten Investitionen, G die Staatsausgaben (incl. staatlicher Investitionen), M die Importe und X die Exporte (einschließlich des Nettoeinkommens aus dem Ausland) bezeichnen. Von der Einnahmeseite her gilt: $Y = C + S + T$, wobei S für die Ersparnis und T für die Steuern steht. Die beiden Formeln für Y, also für das BIP, lassen sich gleichsetzen: $C + S + T = Y = C + I + G + (X - M)$. Eine Umformung dieser Gleichung führt zu den Finanzierungssalden der drei volkswirtschaftlichen Sektoren Privatsektor (Haushalte und Unternehmen, $S - I$), Staat ($T - G$) und Ausland ($M - X$), die sich zu Null addieren: $(S - I) + (T - G) + (M - X) = 0$.

Der Finanzierungssaldo des Auslands entspricht hierbei der Leistungsbilanz mit umgekehrtem Vorzeichen. Nach dieser Gleichung steht dem Defizit eines Sektors stets ein gleich großer Überschuss der beiden anderen Sektoren gegenüber. Drückt man die sektoralen Finanzierungssalden in Prozent des BIP aus, so gilt zum Beispiel: Verzeichnet der Staat ein Defizit von 5 Prozent des BIP und der private Sektor einen Überschuss von 2 Prozent, so beträgt das Leistungsbilanzdefizit des betrachteten Landes 3 Prozent (das Ausland weist einen Überschuss von 3 Prozent der inländischen Wirtschaftskraft gegenüber diesem Inland auf).

Die zuletzt angeführte Gleichung lässt sich wie folgt umstellen: $(S - I) = (G - T) + (X - M)$. Wendet man dies auf die aktuelle Situation Spaniens an, so wird das Dilemma, in dem sich das Land befindet, schnell deutlich: Der hochverschuldete Privatsektor Spaniens – also die spanischen Haushalte und Unternehmen (incl. der Banken) – hat keine Wahl: Er muss, wie Richard Koo zu Recht herausstellt, seine Schulden abbauen. Dies bedeutet, dass der Privatsektor einen Finanzierungsüberschuss (Einnahmenüberschuss) erzielen will und alles daransetzt, $S > I$ zu erreichen. Ist $S > I$, so ist die linke

4. Unter »Sparen« ist hier die Geldvermögensbildung als Differenz zwischen den Einnahmen in einer Zeitperiode und den Ausgaben in derselben Zeitperiode zu verstehen. Gibt ein Sektor (oder Wirtschaftssubjekt) in einer Periode weniger aus, als er einnimmt, so erzielt er einen Einnahmenüberschuss, d. h. er »spart«. Dieser Einnahmenüberschuss erhöht dann entweder den schon vorhandenen Geldvermögensbestand oder er ermöglicht es, den Schuldenstand zu reduzieren.
5. Die Bilanz des Staatssektors errechnet sich aus Einnahmen minus Ausgaben. Oder etwas genauer (z. B. Mitchell 2010): Bilanz des Staatssektors = (Steuereinnahmen + andere Einnahmen) – (Sozialausgaben + andere Ausgaben). Steuereinnahmen und Sozialausgaben bewegen sich gegenläufig zueinander: Bei schwacher Wirtschaftsentwicklung sinken die Steuerein-

- nahmen und steigen die Sozialausgaben, so dass sich die Bilanz des Staatssektors in Richtung Defizit (bzw. eines steigenden Defizits) bewegt. Bei kräftigem Wirtschaftswachstum steigen die Steuereinnahmen und fallen die Sozialausgaben, so dass die Bilanz des Staatssektors zunehmend positiv wird. Diese Schwankungen in der Neuverschuldung des Staates (ohne dass über politische Entscheidungen Staatsausgaben oder Steuersätze verändert werden), die einen stabilisierenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung ausüben, werden als automatische Stabilisatoren bezeichnet.
6. Zu betonen ist aber, dass der Importrückgang einer einbrechenden Volkswirtschaft keine dauerhafte Verbesserung der Handelssituation mit sich bringt, da bei jedem wieder aufkommenden Wachstum das Importproblem erneut auftaucht, solange die Preise nicht deutlich gefallen sind.

Seite der Gleichung und damit auch die rechte Seite positiv, d. h. die Summe aus der Bilanz des Staatssektors und der Leistungsbilanz ist positiv (und gleich der linken Seite).

abnehmendem Wachstum, zunehmender Arbeitslosigkeit, sinkenden Steuereinnahmen, steigenden Budgetdefiziten etc. einleitet. 

Was aber geschieht bei einem Leistungsbilanzdefizit? Die Gleichung zeigt: Will in einer Volkswirtschaft mit defizitärer Leistungsbilanz ($X < M$) der Privatsektor insgesamt sparen⁴ ($S > I$), um seinen hohen Schuldenstand zu verringern, so erfordert dies kontinuierliche staatliche Budgetdefizite ($G > T$). Auf Spanien übertragen: Wenn das Land ein Leistungsbilanzdefizit von beispielsweise 3,7 Prozent des BIP aufweist (wie im Jahr 2011), muss der Staat ein Defizit von mehr als 3,7 Prozent des BIP verzeichnen, damit der Privatsektor einen Überschuss erzielen kann. Tatsächlich aber soll der Staat in Spanien seinen Fehlbetrag nach Vorgabe der Europäischen Kommission drastisch senken und steht zudem vor dem Problem, nur noch gegen hohe Risikoprämien Geld zu erhalten.

Versucht der spanische Staat deshalb, seine Defizite z. B. über Ausgabenkürzungen zu reduzieren und nimmt gleichzeitig der Privatsektor einen Schuldenabbau in Angriff, sind diese Sparpläne nicht logisch miteinander vereinbar. Stattdessen führen Ausgabenkürzungen von Staat und privatem Sektor zu einer sinkenden aggregierten Nachfrage, so dass Output und erwirtschaftetes Einkommen fallen.

Dies wiederum verringert nicht nur die Sparmöglichkeiten des Privatsektors, sondern verschlechtert auch über die automatischen Stabilisatoren den staatlichen Finanzierungssaldo.⁵ Allein die Leistungsbilanz verbessert sich, da die Importe Spaniens zurückgehen (die Importausgaben sind eine Funktion des inländischen Einkommenswachstums).⁶ Die Rezession verschärft sich und die Banken müssen weit höhere Abschreibungen vornehmen als geplant.

Um die neu auftretenden Haushaltslöcher zu stopfen, werden dann weitere staatliche Sparprogramme aufgelegt, was die nächste Runde eines ökonomischen Teufelskreises von

GÜNTHER GRUNERT

ist an den Berufsbildenden Schulen der Stadt Osnabrück am Pottgraben mit den Schwerpunktbereichen Berufs- und Fachoberschule Wirtschaft tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Makroökonomie, internationale Wirtschaftsbeziehungen, Arbeitsmarkt. Der zweite Teil seiner Abhandlung erscheint in ZUKUNFT 04/2013.

Der Text wurde auch als Diskussionsbeitrag auf dem Blog www.nachdenkseiten.de veröffentlicht.

BRIAN
ADAMS –
EXPOSED



MICKEY ROURKE, LONDON 2005 © BRYAN ADAMS

Is Berlusconi just around the corner?

Seit Jahren sorgt in Italien ein alternder Milliardär, der den Frust über die heimische Parteienlandschaft für die Gründung seiner Privatpartei genutzt hat und mit seinen Ressourcen die private Medienlandschaft dominiert, für Staunen in Europa. Die Landtagswahlen in Kärnten und Niederösterreich zeigen aber, dass im Kleinen auch in Österreich möglich scheint, was in Italien im Großen »funktioniert«.

Das Ergebnis der italienischen Parlamentswahlen sorgte für Aufruhr in Europas Regierungen und Medien. Bei sinkender Wahlbeteiligung wurde die Protestbewegung des Ex-Komikers Beppe Grillo in der Abgeordnetenkammer stimmenstärkste Partei, Silvio Berlusconi erreichte mit massiver Agitation gegen seine deutsche Parteifreundin Angela Merkel im Senat ein Patt. Und der amtierende Premierminister, »Super-Mario« Monti, in Europas Medien als Garant für die Fortsetzung der Sparreformen gefeierter Messias? Er erreichte gerade einmal neun Prozent der Stimmen und ist weit davon entfernt, im Parlament Zünglein an der Waage zu sein. Monti ist nach Spaniens Zapatero, Griechenlands Papandreou, Frankreichs Sarkozy, den Regierungen Rumäniens und Bulgariens etc. der nächste Regierungschef, der für den diktierten »Sparkurs« vom Wahlvolk abgestraft wurde. In den Kommentarseiten großer europäischer Medien scheint man daran nichts zu finden. Die von Angela Merkel im Bündnis mit Kommission und EZB durchgezogene Austeritätspolitik sei unpopulär, aber richtig. Wenn das Volk sie an den Urnen ablehne, sei das verständlich, weil das Volk die höheren Interessen nicht verstünde, die Wahlen dürften aber keinesfalls zu einer Kurskorrektur führen.

Diese offen zur Schau getragene antidemokratische Einstellung erinnert an Bert Brechts Spott über die SED-Führung und ihre Reaktion auf die ArbeiterInnenproteste in der DDR im Juni 1953: »Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?«

STEHAUFGMÄNNCHEN BERLUSCONI

Das Paradoxe ist, dass es ausgerechnet der Verursacher der

meisten politischen, wirtschaftlichen und moralischen Verwerfungen Italiens ist, der der Unpopularität Montis das politische Überleben verdankt. Niemand hätte vor einem Jahr damit gerechnet, dass Silvio Berlusconi noch einmal bestimmenden Einfluss auf Italiens Politik haben würde. Auf europäischen Druck hatten ihn 2011 seine langjährigen Gönner und Verbündeten in Italiens Industrie- und Wirtschaftsverbänden in die Wüste geschickt, hatte sich seine Partei mehrfach gespalten, war er weg und ist nun wieder da. Mit großer Rhetorik gegen das deutsche Budgetdiktat und einige von Monti durchgeführten Sparmaßnahmen, vor allem auch mit der medialen Omnipräsenz in einem von Berlusconi weitgehend kontrollierten privaten Medienmarkt, hat er in den letzten Monaten soviel Boden gut gemacht, dass er zwar nicht gewonnen hat, das Mitte-Links-Bündnis Bersanis aber blockieren kann.

Hat man sich bei Berlusconi bereits an politische Überraschungen gewöhnt, ist der Erfolg von Beppe Grillo noch unerwarteter. Dass mehr als ein Viertel der abgegebenen Stimmen an die Bewegung eines Mannes gehen, dessen zentrale Forderung zu sein scheint, dass die bisherigen Politiker »heimgehen« sollten, empört Italiens europäische Partner, auch wenn man augenzwinkernd zu verstehen gibt, dass man die Einstellung gegenüber Italiens politischer Elite nur zu gut verstehen könne. Aber auch hier sollte man den Faktor der europäischen Kürzungspolitik nicht unterschätzen. Mafiaverbindungen hin, Korruption her: Es ist die Krisenpolitik Europas, steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Unsicherheit, sinkende Einkommen, die die Lage eskalieren lässt und dem vorhandenen Misstrauen gegenüber der politischen Kaste neue Bahnen bricht.

Wie man es dreht und wendet: Die Niederlage Montis und die neue unsichere Lage in Italien ist letztlich ein Scheitern der Krisenpolitik in Europa. Griechenland verordnete man im Jahr 2012 einfach so lange zu wählen, bis eine Regierung der Willigen zu einer Mehrheit kam, um das Spardiktat der Troika weiter umzusetzen. In dieser Art und Weise wird Europa in den nächsten Monaten und Jahren nicht in allen Ländern weiterverhandelt werden können. Eine wirtschaftspolitische Strategie, die zur Dauerrezession, zu sozialer Verelendung und politischen Massenprotesten führt, bedingt die Erosion der Demokratie selbst. Die laut beklagte Unregierbarkeit Italiens ist nur ein Symbol dafür, dass der momentane Kurs der europäischen Eliten in die Sackgasse führt und die dadurch provozierte Wut breiter Schichten nicht notwendigerweise aus dieser Sackgasse herausführt. Mehr denn je braucht es klare politische Alternativen zur gescheiterten Austeritätspolitik, die Bersanis Bündnis offenkundig nicht glaubwürdig formuliert hat.

SONDERFALL ITALIEN?

Es wäre falsch zu meinen, dass das, was in Italien passiert, ein welscher Sonderfall sei. Selbstverständlich gibt es in Italien spezielle Rahmenbedingungen, die uns zum Glück bislang erspart geblieben sind. Wer in Österreich von der Politik spricht, meint damit nicht synonym die organisierte Kriminalität. Die öffentliche Verwaltung mag da und dort Optimierungspotenzial haben, aber sie funktioniert vom Finanzamt über die Müllversorgung bis hin zum Krankenhaus äußerst zuverlässig. Und obwohl der Leidensdruck der ItalienerInnen zweifellos und völlig zu Recht deutlich höher ist als hierzulande, sind die Folgen der Unzufriedenheit mit der Politik auch in Österreich nicht zu übersehen: Ein Milliardär, der als Altershobby die Politik entdeckt, obwohl er aus steuerlichen Gründen zumindest ein halbes Jahr in Kanada lebt, der sich aus den moralisch fragwürdigen Restbeständen des BZÖ einen Parlamentsklub zusammensammelt, der bis heute kein Parteiprogramm hat, dieser Mann erhält in zwei Bundesländern auf Anhieb zehn Prozent, zieht in zwei Landtage und Landesregierungen ein. In Niederösterreich, wo Stronach selbst antrat, meinte laut so-

ra-Wahltagsbefragung kaum ein Drittel seiner eigenen WählerInnen den besten Kandidaten und nicht einmal ein Viertel das beste Programm zu wählen. Stronach ist eine Möglichkeit, Protest auszudrücken. Und auch wenn er anders als Berlusconi keine TV-Kette besitzt, so hat er das Geld, um sich Inserate und Werbeeinschaltungen zu kaufen. Und wo größere Summen fließen, dauert es nicht lange bis der Verdacht im Raum steht, mit Werbegeld sei auch die Berichterstattung beeinflusst worden.¹ Das wirkliche Kernproblem ist aber ein anderes: Das offensichtlich sehr große Protestpotenzial.

Das Phänomen Stronach macht derzeit in Österreich außer Heinz-Christian Strache niemanden so recht nervös. So erfreulich und verdient es aber auch ist, dass der »Urgestein«-Flügel der FPÖ in Niederösterreich auf die Nase gefallen ist und die Kärntner Freiheitlichen den gerechten WählerInnenzorn kassiert haben: Wenn es aber nur jemandem wie Stronach zu verdanken ist, dass der FPÖ vorläufig keine weiteren Proteststimmen zufließen, kann man damit nicht zufrieden sein.

So unterschiedlich nationale und regionale Besonderheiten sein mögen und so sehr sich die einzelnen Personen inhaltlich, rhetorisch und moralisch unterscheiden: Die Erfolge eines Berlusconis, eines Grillos, eines Stronachs oder auch das Umfragehoch der faschistischen »Goldenen Morgenröte« in Griechenland sind Ausdruck einer besorgniserregenden Skepsis gegenüber Politik und Demokratie.

Die Warnsignale müssen endlich ankommen. Ein »Weiter so!« in der Austeritätsstrategie kann nicht länger die Grundlage europäischer Politik sein. Auch in Österreich ist die Sozialdemokratie daher dringend gefordert, die demokratischen und sozialen Alternativen für eine europäische Politik zu formulieren und dem Merkel-Kurs, der Europa und die Demokratie an die Wand fährt, spürbar zu widersprechen. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

Chávez' Erbe

Hugo Chávez gestaltete Venezuelas politische Landschaft grundlegend um und zählt zu den schillerndsten und umstrittensten LinkspolitikerInnen der letzten Jahrzehnte. Christian Hofmann zeichnet das Leben und politische Wirkens des verstorbenen Staatspräsidenten Venezuelas nach.

Eine der wohl widersprüchlichsten Gestalten der Weltpolitik ist nicht mehr am Leben: Sozialist und gläubiger Katholik, persönlicher Freund vieler Diktatoren und doch überzeugter Demokrat, begnadeter Redner, der doch auch schon mal politische Gegner mit dem Teufel verglich. Doch eine rein persönliche Charakterisierung der höchst widersprüchlichen Person Hugo Chávez würde viel zu kurz greifen. Wer den Erfolg Chávez verstehen möchte, muss die Person als Projektionsfläche sozialer Bedürfnisse und sozialer Konflikte gesehen werden.

EIN MILITÄR WIRD ZUM HOFFNUNGSTRÄGER DER LINKEN

Für viele Linke scheint es ganz und gar absurd, dass gerade eine Person aus dem militärischen Komplex zu einer der Führungspersönlichkeit einer Linkswende in Lateinamerika wurde. Chávez trug auch seinen militärischen Hintergrund mit martialischen Auftritten in Uniform offensiv nach außen. Es sind die besonderen politischen und sozialen Zustände in Venezuela, die erklären, dass ein Militär einer linken Bewegung zum Sieg verhelfen konnte.

Bis zum Antritt der Regierung Chávez ließ sich das politische System der Venezuelas als Spielwiese der Eliten bezeichnen. Die »sozialdemokratische« AD und die »christdemokratische« COPEI¹ wechselten sich seit dem Sturz des Diktators Jiménez 1958 regelmäßig an der Macht ab. Trotz hoher Einnahmen aus dem Verkauf von Erdöl gelang es keiner der beiden Parteien die soziale Lage der breiten Bevölkerungsmehrheit zu verbessern. Vielmehr wurde ein breites Netz von Abhängigen geschaffen und Loyalität durch Versorgungsposten erkaufte. Auch viele andere soziale Akteure, wie z.B.

die Gewerkschaften, waren in die Logik dieses Klientelismus eingebunden, während die einzig relevante Opposition, die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV), verfolgt und unterdrückt wurde. Die marxistisch-leninistische Ausrichtung der PCV führte auch dazu, dass diese nicht die breite Masse der Armen, sondern ein fiktives Industrieproletariat vertrat.²

In diesem Kontext stellt für Angehörige der Unterschicht vielfach die Armee die einzige Möglichkeit dar, den gesellschaftlichen Aufstieg zu schaffen. So gelangten viele zu einer höheren sozialen Stellung und vielfach auch zu einer höheren Bildung. Zeitgleich muss auch betont werden, dass die Streitkräfte vor allem für die »innere Verteidigung« eingesetzt wurden, ihre primäre Aufgabe war die Absicherung der staatlichen und sozialen Ordnung. Wichtiger Bestandteil der militärischen »Identität« war dabei ein übertriebener Patriotismus verbunden mit der Betonung der Wichtigkeit der nationalen Souveränität; besonderes Symbol stellt hierbei der Befreiungskampf von Simón Bolívar dar. Die viel beschworene nationale Souveränität war jedoch höchstens ein Lippenbekenntnis der herrschenden politischen Eliten, die sich realpolitisch als treuer Verbündeter der USA erwiesen. Doch innerhalb der Streitkräfte bildeten sich Gruppen, die die politischen Zustände nicht akzeptieren wollten. Ihre Motivation war dabei jedoch nicht »sozialistisch«, sondern vielmehr »nationalistisch« geprägt.

1989 geriet das politische System Venezuelas in eine ernsthafte Krise. Der Sozialdemokrat Carlos Andrés Pérez versuchte ein vom IWF diktiertes Sparpaket umzusetzen, das die Kürzung der Subventionen für Benzin und Grundnahrungsmittel vorsah. Darauf kam es zu massiven Protesten der Armen in

1. Accion Democrática, bzw. Comité de Organización Política Electoral Independiente
2. Vgl. Zeuske, Michael: »Von Bolívar zu Chavez – Geschichte Venezuelas«, Rotpunkt Verlag Bern 2008, S.367–389
3. <https://www.jungewelt.de/login.php?ref=/2009/10-06/061.php>
4. Petróleos de Venezuela, staatlicher Erdölkonzern
5. Armenvierteln auf den Hügeln um das Stadtzentrum von Caracas
6. Center for Economic and Policy Research (Weisbrot/Johnston), 2012: Venezuela's Economic Recovery: Is it Sustainable?
7. Movimiento Quinta República, bzw. Partido Socialista Unido de Venezuela

Caracas, welche in Straßenschlachten endeten. Die Armee ging wenig zimperlich gegen die Aufständischen vor, es wurden nach inoffiziellen Angaben bis zu 3000 Personen getötet. Der junge Offizier Chávez führte 1992 in Reaktion einen Putschversuch gegen Pérez an, welcher jedoch scheiterte. Vor allem die Armen sahen ab diesem Zeitpunkt in Chávez einen möglichen Erneuerer, dieser weigerte sich jedoch für ein höheres politisches Amt zu kandidieren.

EIN MESSIAS AUF HOLPRIGEN WEGEN

1998 trat der Offizier zu den Präsidentschaftswahlen an und gewann mit 50,6 % der Stimmen. Zu diesem Zeitpunkt ließ sich Chávez nur schwer einordnen, er profilierte sich als Nationalist mit ein wenig sozialpolitischem Profil. Wichtigster Punkt seiner ersten Regierung stellte jedoch die Ausarbeitung einer neuen Verfassung dar, sowie die Wiederinbesitznahme der Erdölförderungsgesellschaft PDVSA³. Die neue Verfassung sollte eine grundlegende Demokratisierung des Staatsapparats mit sich bringen und einen symbolischen Schlussstrich unter die politische Ordnung der vierten Republik (Zeit nach dem Sturz Jiménez) darstellen.

Im Zuge dieses Prozesses wurden weite Teile der marginalisierten Armen politisiert und schlossen sich der neuen Bewegung an. Die Debatte um die neue Verfassung, sowie das Vorgehen der neuen Regierung gegenüber den korrupten Seilschaften, welche den Staatskonzern PDVSA kontrollierten, radikalisierte das politische Klima in Venezuela. Für sozialpolitische Maßnahmen fehlten der Regierung jedoch (noch) die finanziellen Mittel.

Die alten Eliten sammelten sich, um die Regierung zu stürzen und die alte Ordnung wieder herzustellen. 2002 kam es zu einem Putschversuch, in dessen Verlauf Chávez inhaftiert und der Präsidentenpalast besetzt wurde. Entgegen der Erwartungen der Opposition zogen jedoch hunderttausende Bewohner der *Barrios*⁵ ins Stadtzentrum und verlangten die Wiedereinsetzung der Regierung. Nach dem gescheiter-

ten Putsch kam es noch 2004 zu einem weiteren Versuch der politischen Destabilisierung (Erdöl-Streik), welcher zwar scheiterte, jedoch die wirtschaftliche Entwicklung Venezuelas zurückwarf. Der Anstieg des Öl-Preises ermöglichte es der Regierung umfangreiche Sozial- und Bildungsprogramme zu starten und mit der Hilfe kubanischer Ärzte auch die medizinische Versorgung zu verbessern. Im weiteren Verlauf gelang es, die Armut dauerhaft von 60,9% der Bevölkerung (1997) auf 31,9% (2011) zu senken.⁶ Chávez wurde für viele Marginalisierten der Commandante, Inkarnation des sozialen Kampfes, was wiederum einen durchaus nicht unproblematischen Personenkult mit sich brachte. 2006 wurde Chávez erneut wiedergewählt (62,84%).

In einem internationalen Kontext versuchte die Regierung, die regionale Integration voranzutreiben bzw. den seit 2000 einsetzenden Linksruck in Lateinamerika abzusichern. Pragmatische Devise war dabei: »Der Feind (z. B. Iran) meines Feindes (USA) ist mein Freund.« Dabei ging es vor allem darum, die USA als außenpolitischen Player in Lateinamerika zu eliminieren.

DER COMMANDANTE UND »SEINE« BEWEGUNG

2004 erlebt die chavistische Bewegung eine erste Niederlage, als es nicht gelang, ein Referendum über eine Verfassungsänderung zu gewinnen. Vielmehr blieben viele Rothernden der Abstimmung fern – enttäuscht über die vielen Korruptionsfälle und die vielfache Inkompetenz politischer Entscheidungsträger des Chávismus. Der Präsident stand jedoch unangefochten an der Spitze des Staates, auch wenn seine Partei die MVR bzw. PSUV⁷ niemals mit seiner Popularität gleichziehen konnte. Dies stellte auch immer eine berechtigte Kritik an Chávez dar: Er machte sich selbst für seine Bewegung unabkömmlich, glich strukturelle Fehler mit persönlichem Charisma aus. Besonders schwerwiegende Problematiken wie Korruption oder Kriminalität wurden von der Regierung nur sehr zögerlich und ohne große Ergebnisse thematisiert.

8. Kommunale Verwaltungsräte mit teilweiser Budgethoheit, mehr in: Rosa-Luxemburg Stiftung (Hg.), »Demokratie,Partizipation,Sozialismus – Lateinamerikas Wege der Transformation«, Karl Dietz Verlag Berlin (2012), S.128–135
9. Azzellini, Dario: »Venezuela Bolivariana – Revolution des 21.Jahrhunderts«, ISP Verlag München (2006), S. 180–198
10. Liveübertragung Telesur 5.3.2013 (eigene Übersetzung)

Zeitgleich begann ein systematischer Umbau des staatlichen Gefüges, immer mehr Elemente der kommunalen Basisdemokratie und Autonomie (z.B. *Concejos Comunales*⁸) wurden etabliert. Dies verstärkte den Konflikt zwischen der Basis, dem staatlichen wie parteiinternen Mittelbau und der unangefochtenen Führungspersönlichkeit des Commandante.

Die Debatten um die Demokratisierung sozialer Verhältnisse erreichten zunehmend auch die wirtschaftliche Sphäre. Besonders durch den Druck der neuen Chávezistischen Gewerkschaften kam es zu einer Reihe von Verstaatlichungen. Diese Verstaatlichungspolitik besaß jedoch weder einen direkten Plan, noch wussten die politischen Entscheidungsträger wie sie mit dem neuen Eigentum umgehen sollten (z.B. Arbeiterselbstverwaltung vs. Ministerialbürokratie)⁹. Trotz zahlreicher Probleme und seines sich verschlechternden Gesundheitszustandes wurde Chávez 2012 wiederum zum Präsidenten gewählt.

WAS BLEIBT?

Das politische Erbe Chávez' ist höchst widersprüchlich. Die Chávezistische Bewegung hat die materiellen Bedingungen weite Teile der Bevölkerung deutlich verbessert. Doch nicht nur die materiellen Versorgung konnte verbessert werden, auch der Bildungsstandard und die Möglichkeiten politischer Partizipation sind gewachsen. Viele Marginalisierte spüren heute, dass ihre Stimme im politischen Diskurs etwas zählt, dass sie etwas bewegen können. Venezuela hat seinen Beitrag zur Integration Lateinamerikas geleistet, auch um den Preis sich mit Diktatoren verbünden zu müssen.

Auf der anderen Seite stehen eine Wirtschaftspolitik, deren Ausrichtung noch unklar ist und Versuche der demokratischen Partizipation am Arbeitsplatz, welche sich im Spannungsbogen von Autonomie und bürokratischer Gängelung bewegen. Die Chávezistische Bewegung steht derweil vor einer Zerreißprobe, denn nun soll genau jener Mittelbau die Fortführung der begonnen Reformen garantieren, welcher bei den Rothem-

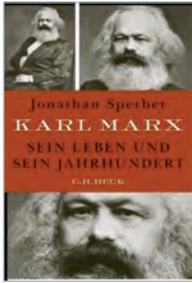
den keinen guten Ruf genießt. Ein Barrio-Bewohner meinte in einem Fernsehinterview kurz nach dem Staatsbegräbnis: »Er hat uns das Kämpfen gelehrt, ... meist gegen die alten Cliques, ... manchmal gegen die neuen. Aber wir werden kämpfen, wenn uns irgendwer das wegnehmen will, was wir erreicht haben.«¹⁰ 

BRIAN
ADAMS –
EXPOSED



UDO KIER, LOS ANGELES 2009 © BRYAN ADAMS

Marx, Umverteilung & ein Pontifikat



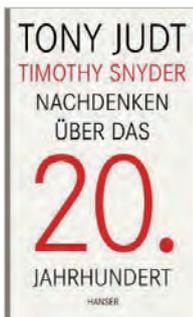
Jonathan Sperber KARL MARX

Jonathan Sperber schildert den historischen Marx – er rekonstruiert die Entstehung der Marxschen Theorie im Kontext der damaligen Ideen und Kontroversen. Die Biographie folgt den Spuren eines Mannes, der ein Leben lang nach einer neuen und radikaleren Version der Französischen Revolution suchte und schließlich – neben Darwin – zum meistzitierten Denker des 19. Jahrhunderts werden sollte.
C. H. BECK, 634 Seiten, 30,80 Euro



Hans-Ulrich Wehler DIE NEUE UMVERTEILUNG

Wer kommt in Deutschland nach oben, wer bleibt in der Regel stecken? Wie viel Vermögen haben wie viele? Wer wird gut versorgt, wenn er krank wird, wer ist schlecht dran? Wer heiratet wen? Wer wohnt wie? Verschärft sich die soziale Ungleichheit im Alter? Wie steht es um die Bildungschancen und die Rolle von Geschlecht, Herkunft, Religion, um das Verhältnis von West und Ost?
C. H. BECK, 192 Seiten, 15,40 Euro



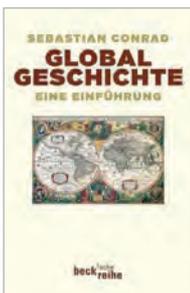
Tony Judt mit Timothy Snyder NACHDENKEN ÜBER DAS 20. JAHRHUNDERT

Die unversöhnlichen Konflikte zwischen Kommunismus, Liberalismus und Faschismus hinterließen auch in Tony Judts Familie tiefe Spuren. In seinem letzten Buch verbindet der 2010 verstorbene Historiker, unterstützt von seinem Freund Timothy Snyder, kenntnisreich und kritisch die persönliche Erinnerung mit einer Bilanz der großen politischen Ideen der Moderne.
HANSER, 412 Seiten, 25,60 Euro



Marco Politi BENEDIKT: KRISE EINES PONTIFIKATS

Sei es der Umgang mit den erzkatholischen Piusbrüdern, das Verhältnis zum Islam oder innerkirchliche Rebellen: Selten gab es so viele Krisen während eines Pontifikats. Der angesehene Vatikanologe Marco Politi zeichnet das Bild eines ungeschickten und wirklichkeitsfremden Papstes, dessen Bedeutung in der Weltpolitik abnimmt und zieht Bilanz unter ein Pontifikat der verpassten Chancen.
ROTBUCH VERLAG, 544 Seiten, 20,60 Euro



Sebastian Conrad GLOBALGESCHICHTE

Globalgeschichte ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Feld der Geschichtswissenschaft geworden. Aber was ist darunter genau zu verstehen? Welche Fragen lassen sich in globaler Perspektive besser beantworten? Sebastian Conrad führt anhand konkreter Beispiele in das Forschungsfeld ein und stellt die zentralen Fragen und Theorien sowie die wichtigsten Themen und Kontroversen vor.
C. H. BECK, 300 Seiten, 15,40 Euro



Robert & Edward Skidelsky WIE VIEL IST GENUG?

Die Autoren zeigen, wie führende Denker von der Antike bis ins 21. Jahrhundert über Entstehung und Gebrauch des Reichtums, aber auch über ein erfülltes Leben jenseits der Arbeit nachgedacht haben. Sie benennen sieben »Basisgüter« wie Sicherheit, Respekt, Muße und Harmonie mit der Natur, auf denen eine Ökonomie des guten Lebens aufbauen muss. Vor allem aber machen sie Mut, Wirtschaft neu zu denken.
KUNSTMANN, 280 Seiten, 20,60 Euro

Schelme, Familien & Frauen



Michael Köhlmeier
DIE ABENTEUER
DES JOEL SPAZIERER

Joel Spazierker lernt nie, was gut und was böse ist. Sein Aussehen, sein Charme, seine Freundlichkeit öffnen ihm jedes Herz. Er lügt, stiehlt und mordet, ändert seinen Namen und seine Identität und betreibt seine kriminelle Karriere in vielen europäischen Ländern. Die Geschichte, die er uns ganz unschuldig erzählt, ist ein Schelmenroman über die Nachtseiten unserer Gesellschaft.

HANSELER, 653 Seiten, 25,60 Euro



Birk Meinhardt
BRÜDER UND SCHWESTERN

Willy Werchow ist Direktor einer großen SED-eigenen Druckerei in der thüringischen Provinz. Zähneknirschend fügt er sich den Vorgaben der Partei, geht mehr und mehr Kompromisse ein. Mit seiner Frau und den drei Kindern Britta, Erik und Matti gerät er in einen Strudel von Konflikten. Ob durch die Zwänge des politischen Systems der DDR, ob durch persönliche Fehlritte – die Familie droht auseinanderzubrechen.

HANSELER, 704 Seiten, 25,60 Euro



Doris Knecht
BESSER

Doris Knecht schickt ihre Heldin, die immer das Gefühl hat, gar nicht in ihr schönes Leben zu passen, durch Feuerproben, in denen sie alles zu verlieren fürchtet und langsam ein paar Dinge zu begreifen beginnt. Und wie nebenher porträtiert Doris Knecht mit unbestechlichem Blick unsere Zeit, ihre Typen und Lebensentwürfe: ein schwarzer wie komischer Roman über das richtige Leben im falschen.

ROWOHLT BERLIN, 288 Seiten, 20,60 Euro



Rainer Merkel
BO

Eigentlich sollte Benjamin von seinem Vater abgeholt werden. Aber stattdessen steht der Dreizehnjährige mitten in der Nacht allein am Flughafen von Monrovia. Rainer Merkel erzählt eine Reise durch die afrikanische Welt und das Erwachsenwerden, eine rasante Road-Novel in unsere unbekanntere Gegenwart. Auf der Suche nach seinem Vater lernt Benjamin, wie man über sich hinaus wächst.

S. FISCHER, 688 Seiten, 23,70 Euro



Eva Menasse
QUASIKRISTALLE

Mit einem unbestechlichen Blick für Frauen in der Gesellschaft, ihre menschlichen Schwächen und das, was man an ihnen lieben muss, zerlegt Eva Menasse die Biografie einer Frau in ihre unterschiedlichen Aspekte, zeigt sie als Mutter und Tochter, als Freundin, Mieterin und Patientin, als flüchtige Bekannte und treulose Ehefrau und stellt die Fragen nach Wahrnehmung und Wahrheit.

KIEPENHEUER & WITSCH, 432 Seiten, 20,60 Euro



Dirk Kurbjuweit
ANGST

Ein Nachbar zerstört das Leben einer gut situierten Architektenfamilie. Dirk Kurbjuweit schildert, wie Ohnmacht diese Familie zur Selbstjustiz treibt. «Angst» ist das Psychogramm einer Gewalttat, die Geschichte einer extremen, in ihrer Sprachlosigkeit berührenden Vater-Sohn-Beziehung und zeigt, wie unsere bürgerliche Zivilisiertheit auf eine Zerreißprobe gestellt werden kann.

ROWOHLT BERLIN, 256 Seiten, 19,50 Euro

Vermögenssteuern - mehr als »nur« gerecht

Das Institut für Höhere Studien legte im Februar 2013 eine Studie »Zur Besteuerung von Vermögen in Österreich« vor. Leider wird in der Studie die vorhandene Literatur nicht sorgfältig analysiert und darauf aufbauend abwägend argumentiert. Mit wenigen Worten werden teils extreme Annahmen formuliert und auf dieser Basis munter umfangreiche politische Schlussfolgerungen gezogen.

Besonders deutlich wird das bei der Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Einführung einer Vermögenssteuer. Die Studie geht davon aus, dass eine Vermögenssteuer die Nettoendite der heimischen Ersparnisse und dadurch das im Inland gesparte Finanzvermögen verringert und so die Kapitalkosten erhöht. Eine Vermögenssteuer im Umfang von einer Milliarde Euro würde die Investitionen um 1,25 Prozent senken, dadurch das BIP um 0,65 Prozent und die Beschäftigung um 0,24 Prozent (7.000 Personen) verringern. Diese Ergebnisse basieren offensichtlich auf mehreren Annahmen: Die gesamte Vermögenssteuer geht zu Lasten der BesitzerInnen von Unternehmensanteilen oder zumindest von Finanzvermögen. Zudem scheint von einer geschlossenen Volkswirtschaft und Vollauslastung von Kapital und Arbeitskräften ausgegangen zu werden. Nur so könnten die heimischen Investitionen von der Höhe der heimischen Ersparnis beschränkt sein.

Beide Annahmen sind eigenartig. Die Österreichische Nationalbank weist in ihrer umfangreichen Erhebung zu den Vermögen der privaten Haushalte für den Besitz an Unternehmen einen Anteil von 24 Prozent und jenen von Finanzvermögen von 17 Prozent aus. Demgegenüber entfallen 60

Prozent des Vermögensbesitzes auf Immobilien und anderes Sachvermögen. Zudem ist die österreichische Volkswirtschaft internationalisiert und agiert auf einem gemeinsamen europäischen Kapitalmarkt. Die Höhe der heimischen Ersparnisse spielt deshalb kaum eine Rolle für die Verfügbarkeit von Kapital für Investitionen. Die Höhe der Investitionen ist von der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank, aber primär von den Absatzerwartungen der Unternehmen abhängig.

Richtig ist hingegen, dass Vermögenssteuern die Sparneigung verringern. Das ist gesamtwirtschaftlich auch sinnvoll. Die Besteuerung von Vermögen trifft eine kleine Gruppe von Haushalten. Nur die obersten 5 Prozent halten ein Vermögen von mehr als 1 Mio. Euro, sie verfügen über 45 Prozent des gesamten Vermögens, haben meist hohes Einkommen, sparen viel und legen diese Mittel risikoreich auf den Finanzmärkten an. Eine Besteuerung dieser Haushalte verringert pro Milliarde Euro Steueraufkommen die Ersparnisse um etwa 600 Mio. Euro und die Konsumnachfrage um 400 Mio. Euro. Werden die gewonnenen Mittel für die Erhöhung der verfügbaren Einkommen der unteren Einkommensgruppen verwendet, so steigt dort die Konsumnachfrage um 800 Mio. Euro, die Ersparnisse nur um 200 Mio. Euro. Insgesamt erhöht sich mit der Umverteilung die Konsumnachfrage merklich. Dadurch steigen Produktion, Beschäftigung und Investitionen. Die Besteuerung von Vermögen verringert die Sparneigung und hat deshalb nachhaltig positive gesamtwirtschaftliche Effekte. 

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft
und Statistik der Arbeiterkammer Wien.

